

DIE LINKE HAGEN

Programm zur Kommunalwahl am 13. September 2020



Wann, wenn nicht jetzt?

Für ein solidarisches, ökologisches
und lebenswertes Hagen

INHALT

Präambel	4
Soziales	6
Gesundheit	9
Pflege & Senioren	11
Frauen Politik	14
Selbstbestimmung & Teilhabe	16
Bildung	19
Demokratie zum Mitmachen	23
Ökologie	25
Kultur	29
Mobilität	31
Digitalisierung	35
Friedliches Miteinander	37
Integration	38
Zuwanderung	40
Haushaltspolitik & Finanzen	42
Wirtschaftspolitik	44
Nein zum Faschismus	47

Wann, wenn nicht jetzt?

Für ein solidarisches, ökologisches und lebenswertes Hagen

Die Krise hat Hagen nach wie vor voll im Griff.

Corona? Nein die Krise der selbsternannten Allianz!

Wieder sind 6 Jahre ins Land gegangen und das Bündnis aus CDU-FDP-Grüne und Hagen Aktiv im Hagener Rathaus hat seine Spuren hinterlassen.

Die Bilanz dieser Parteien und Wählergemeinschaft ist verheerend.

Wir wollen und werden uns weiter dagegen stemmen, dass auch die Kosten der Corona-Krise durch eine Sparorgie im städtischem Haushalt bezahlt werden. Die Allianz aus CDU- FDP-Grünen und Hagen-Aktiv hat in den letzten 6 Jahren immer wieder gezeigt, dass sie das Kürzen von Leistungen und Erhöhen von Gebühren als oberstes Ziel für die Gesundung der städtischen Finanzen erklärt. Viele Einrichtungen Hagens leiden noch heute darunter und konnten nur mit großem ehrenamtlichem Engagement am Leben gehalten werden.

Wenn auch Hagen keinen direkten Einfluss darauf hat, haben auch dieses Mal die Bundes- und Landesregierung die Möglichkeit verstreichen lassen, mit einem Altschuldenfonds Städten wie Hagen mit deutlich mehr als 1,2 Milliarden Euro Schulden zu helfen und so wieder eine finanzielle Gestaltungsmöglichkeit für Hagen zu schaffen.

Es ist müßig daran zu erinnern, dass die CDU, SPD, Grüne und FDP Abgeordnete in Bundes- und Landtag haben, die dies hätten tun müssen.

In Hagen hat immer wieder diese Allianz des Grauens eine fortschrittliche Politik verhindert, die sich nicht nur auf das Image der Stadt Hagen negativ auswirkt, sondern auch den Hagener Steuerzahlern teuer zu stehen kommt. So macht auch in Sachen Umwelt und Naturschutz die Allianz einen Job des Grauens.

Seit Jahren wird ein Antrag der Linken blockiert und in die Länge gezogen, der die Öldialyse (die Filterung gebrauchten Öls) zum Inhalt hat. Es wird nicht nur verhindert, dass abertausende Liter Motorenöl bei den städtischen Fahrzeugen eingespart werden, was die Umwelt deutlich entlasten würde, sondern die Bürger werden auch mit unnötigen Ölwechseln finanziell belastet. Hier sei mal erwähnt, dass auch die Grünen dies verhindern

Hagen ist eine offene, liberale und lebenswerte Stadt. Gerade DIE LINKE ist in allen Gremien massiv gegen rechte Tendenzen und die AFD aufgetreten. Trotzdem dauerte es mehrere Anläufe, bis der Rat der Stadt Hagen einem Antrag der Linken zugestimmt hat, dem UNESCO Städtebündnis gegen den Rassismus beizutreten. Es

ist ein wichtiges Signal an die Stadtgesellschaft, dass wir Rassismus und rechtem Gedankengut entgegentreten!

Der Klimawechsel ist auch in Hagen deutlich zu spüren und zu sehen. Nicht nur, dass es häufiger Unwetter wie zu Beispiel Starkregen gibt, es stellen sich auch lange Trockenperioden ein, was letztendlich auch unser Wald deutlich zu spüren bekommt. Auch durch den Individualverkehr verursachte Schäden werden immer deutlicher sichtbar. Es ist ein Umdenken in Sachen Klimaschutz, Ökologie und Verkehrswende eingetreten, das aber noch deutlichen Druck braucht, um wirkliche Wirkung zu entfachen. Es macht uns ein wenig Stolz, dass DIE LINKE es schaffte, dass die Fridays-for-Future-Bewegung einen offiziellen Rahmen geboten bekam und der Stadt, dem Bürger und der Politik ihre Forderungen und Anregungen darlegen konnte.

Für uns als Linke ist es selbstverständlich, dass wir für Menschlichkeit eintreten, und wir kämpfen dafür, dass auch in Krisenzeiten keine Personengruppe ausgegrenzt oder vergessen wird. Es ist schon traurig, dass nur die Linke zum Beispiel sich des Themas Menschen mit Behinderungen in der Corona-Zeit angenommen und dieses in den Gremien thematisiert hat. Dabei müssen wir als Stadtgesellschaft sehr darauf achten, dass alle Menschen sich in Hagen sicher und geborgen fühlen und gerne hier leben. Dafür treten wir ein und wollen Ihnen mit dem nachfolgenden Wahlprogramm aufzeigen, warum es sich lohnt, bei dieser Kommunalwahl mit allen **4 Stimmen DIE LINKE** zu wählen!

Armut bekämpfen - soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch entgegen der herrschenden Propaganda keineswegs selbst verschuldet. Die Ursache liegt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet.

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen, ist:

Menschenwürdig . Sanktionsfrei . Nicht-repressiv

Denn unter dem Hartz-IV-Regime fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind. Der Paritätische Wohlfahrtsverband wirft der Bundesregierung schon jetzt ein „unverschämtes Kleinrechnen“ der Regelsätze in Hartz IV vor, die ab 2021 gelten sollen.

Worauf wir dabei setzen?

Ein wertschätzender Umgang mit Erwerbslosen.

Eine alternative, begünstigende, an Menschenrechten orientierte Entscheidungspraxis in den Jobcentern.

Was wir dafür brauchen ist eine Arbeitsmarktpolitik, die in tarifgebundene öffentliche Beschäftigung investiert und sich am Wohl der Menschen orientiert.

Was das bringt?

Lebenswerte Bedingungen für alle Menschen

Was muss dafür getan werden?

Ein kommunaler Hilfsfond muss eingerichtet werden.

Die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich grundsätzlich an den örtlichen Vergleichsmieten orientieren. Die Kosten der Unterkunft sind in vollem Umfang zu übernehmen.

Ein Sozialpass muss eingeführt werden.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekärer Beschäftigung

Denn Armut darf in Hagen keinen Platz haben. In einer reichen Gesellschaft ist Armut eine Schande. Sie ist menschenunwürdig und bedeutet für die betroffenen Menschen den Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe.

Armut und Hartz IV

Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In zahlreichen Stadtteilen des Ruhrgebiets (auch in Hagen) leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von Hartz IV beziehungsweise Sozialhilfe. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut.

Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und Grünen eingeführt wurden. Mit Hartz IV wurde nicht nur eine repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte für Millionen zu einer dramatischen Absenkung ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes massenhaft unsichere Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne durchzusetzen, um damit die Lohnkosten massiv zu senken und so die Gewinne der Unternehmen in einem fast schon obszönen Ausmaß zu steigern. Ein Viertel aller Hartz-IV-beziehenden Menschen besteht aus denjenigen, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg aus der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Hartz-IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden.

Deshalb unterstützen wir auf Hagener Ebene folgende bundespolitische Forderungen:

Die sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 582 EUR und die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 EUR, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet; dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr, der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten.

Die Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 EUR/Stunde.

Die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozialwidrigem Verhalten im SGB

Wir sehen für Hagen folgende Handlungsmöglichkeiten:

Das Hartz-IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

Ein wichtiges Moment ist das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene. Wir zeigen als LINKE, dass wir konkret helfen und nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und deren fragwürdiger Praxis abzufinden.

Kein anderes Sozialleistungssystem wie das Hartz-IV-Regime steht seit Jahren derart unter ständiger Kritik, und das nicht mehr nur durch DIE LINKE, Sozialverbände und Gewerkschaften... Entscheidend für die Überwindung der Armut sind jedoch gut bezahlte sichere Arbeitsplätze, die bis heute fehlen. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Gute, öffentlich geförderte kommunale Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

Deshalb fordern wir weiter:

Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre Beschäftigung in allen ihren Formen sind auf kommunaler Ebene abzuschaffen. Stattdessen sind ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die aufstockende Hartz-IV-Leistungen überflüssig machen.

Die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch die Jobcenter und Sozialämter ist am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren und grundsätzlich in voller Höhe zu übernehmen; Zwangsumzüge sind unzulässig.

Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die Kommunen sind verpflichtet, einen kommunalen Härtefond einzurichten, der im Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.

Durch Einführung eines Sozialpasses wird Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht. Leistungen wie Pflegegeld etc. werden nicht mit angerechnet.

Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.

Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen; bei vorübergehender Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang menschenwürdige und kostenlose Schlafgelegenheiten eingerichtet werden.

Der Sozialausschuss der Stadt Hagen führt regelmäßige Sprechstunden ein für Fragen von Bürger*innen.

Kommunale Gesundheitspolitik in der Krise?

Die Corona Krise hat allen gezeigt, dass im Notfall alle Beteiligten am Hagener Gesundheitswesen zusammenhalten und teilweise übermenschliches geleistet haben. Dafür gilt ein herzliches Dankeschön an die Menschen in sogenannten systemrelevanten Berufen

Es zeigte aber auch, dass unser Gesundheitswesen in Hagen auch sehr fragil ist und von uns allen geschützt werden muss.

Kommunale Gesundheitspolitik ist als unverzichtbarer Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge und –Fürsorge im Sozialstaatsgebot der Verfassung verankert.

Das heißt aber nicht, dass nicht versucht wird, die kommunalen Gesundheitseinrichtungen mehr und mehr auf marktwirtschaftliche Rentabilitätskriterien zurückzustützen und in privatwirtschaftliche Unternehmensformen zu überführen. In vielen anderen Kommunen war dies regelmäßig der erste Schritt, um sie privaten Investoren zur Gewinnmaximierung zu überlassen, und genau dies sehen wir auch in Hagen auf uns zukommen.

Ein großer Fehlschritt dahin war die Einführung der Fallpauschalen, die darauf abzielt, den Druck auf Dienstleistern im Gesundheitswesen wie zum Beispiel Krankenhäuser zu erhöhen. So gibt es nur noch feste Pauschalen für eine Leistung und es ist egal wie lange und wie intensiv eine Behandlung ist.

Die Folgen kennt nun jeder, der schon im Krankenhaus war: Die blutige Entlassung.

Wir fordern die Abschaffung der Fallpauschalen!

Unser Leitbild kommunaler Gesundheitspolitik deckt sich hingegen mit der Definition der Welt-Gesundheits-Organisation (WHO) für die „gesunde Stadt“:

„Eine gesunde Stadt verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen; beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“

DIE LINKE Hagen fordert:

Den Ärztlichen Notdienst für Hagen ausbauen

Bessere Ärztliche Versorgung wie z. B. im Bereich Zahnärztlicher Notdienst oder Augenärztlicher Notdienst

Den Ausbau der Barrierefreiheit in Praxen

Bessere Verteilung der Notdienstapotheken. Vor allem ältere Menschen haben nicht die Möglichkeit in der Nacht zu einem anderen Stadtteil zu kommen

Schnellere Terminvergabe bei Fachärzten durch die Facharztpraxen direkt

Die medizinische Versorgung wohnungsloser und nicht krankenversicherter Bürger muss ausgebaut und dauerhaft abgesichert werden. Die hier bestehenden Möglichkeiten sind stärker zu fördern.

Ausbau sogenannter Konsumräume für Drogensüchtige sowie behörden- unabhängige Beratungs- und Betreuungsangebote, die unverzichtbar sind für die Entkriminalisierung und Reintegration Drogenabhängiger.

Der Behindertenfahrdienst muss neu konzipiert werden. Er ist für die Betroffenen oftmals unbezahlbar, unübersichtlich und steht vielen Bedürftigen nicht offen. Behindertenfahrdienste müssen Zertifiziert werden.

Krankenfahrdienste müssen regelmäßig überprüft werden zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben.

Alten- und Pflegeheime müssen regelmäßig ohne Voranmeldung von unabhängigen Institutionen auf Einhaltung der Pflege und Hygienevorschriften überprüft werden

Die schulärztliche Betreuung, die Gesundheitsaufklärung von Kindern und Jugendlichen sowie der schulpsychologische Bereich müssen ausgebaut werden.

Auf die besonderen Bedürfnisse von Flüchtlingen und Migrant*Innen muss das Gesundheitsamt mit speziellen Programmen (ähnlich wie in Berlin) reagieren. Die Hilfe für durch Flucht und Krieg traumatisierte Menschen und für sexuell misshandelte und verstümmelte Frauen muss einen besonderen Stellenwert haben. Auch die Schaffung eines kommunalen Netzwerkes zur Hilfe für Illegalisierte kann durch das städtische Gesundheitsamt in Kooperation mit örtlichen Initiativen aufgebaut werden.

Den Ausbau der Kooperation des Gesundheitsamtes mit örtlichen Selbsthilfeorganisationen.

Eine deutliche Verbesserung der Schulung, Überwachung der Einhaltung der Hygiene in allen Bereichen. Sei es im Krankenhaus, Arztpraxis, Altenheim oder Pflegediensten.

Ein Notfallkonzept zum Umgang mit schwerst behinderten Menschen in Krisensituationen.

Für einen humaneren Umgang pflegebedürftiger Menschen, sowie Senior*Innen

Schon vor der omnipräsenten Dauerbelastung, welche uns das Corona Virus aufbürdet, gab es nicht nur bundesweit, gab es auch in Hagen den bundesweiten Pflegenotstand zu konstatieren.

Auch, wenn die Zahl der über 60-jährigen in den letzten Jahren eher stagniert, wissen wir, dass die deutsche Gesellschaft älter wird. Letztlich wird das Älterwerden der Babyboomer-Generation zeigen, ob unsere Rentensystem und unsere Gesellschaft die damit einhergehenden Herausforderungen meistern. DIE LINKE fordert daher eine Rente von mindestens 1200 Euro im Monat.

Das Älterwerden ist zunächst erst einmal neutral und nicht negativ zu sehen. Älterwerden liegt in der Natur des Menschen und als DIE LINKE Hagen stehen wir für Gleichwertigkeit aller Menschen, auch in Hinblick auf Altersgruppen. Dazu gehört auch ein Älterwerden in Würde und Selbstbestimmung. Allerdings gibt es in den letzten Jahren eine gesellschaftspolitische Abwertung des „Älterwerdens“ im Sinne einer zunehmenden Belastung der jüngeren Generation.

Leider beobachten wir seit Jahren, dass die einhergehenden Herausforderungen nicht erkannt und angepackt werden. Dazu einige Stichworte:

- Die mangelnde Anerkennung und schlechte Bezahlung hat zur Folge, dass die Arbeit in Pflegeberufen immer unattraktiver wird. So verschärfen sich gegenwärtige Probleme.
- Mehrfachbelastung durch Pflege von Angehörigen
- Kommerzialisierung im Pflegebereich
- Belastung durch Corona
- Die Demografie zeigt auf, dass sich immer weniger junge Menschen, durch das Zahlen in die Rentenkassen, um immer mehr alte Menschen kümmern. Unklar ist, ob das System in seiner jetzigen Form standhält,
- Wachsende Altersarmut durch mangelnde soziale Absicherung
- Kritische Situation besonders pflegebedürftiger Menschen, wie z.B. an Demenz Erkrankte, Menschen mit Behinderungen, Kinder und junge Pflegebedürftige.
- Der Ausschluss vom sozialen Leben, durch gesellschaftlichen Wandel und Kommerzialisierung der Pflege.

Es gibt Forderungen, Senior*innen ab einem bestimmten Alter gezielt von gesundheitlicher Rehabilitation auszuschließen. Diese vergessen, welchen wesentlichen Anteil Senior*innen an unserer Gesellschaft haben. Oftmals sind es eben diese, welche im öffentlichen Leben, im Verein, in der Familie das Rückgrat für

sozialen Zusammenhalt geben. Nicht zu vergessen, dass sie selber Geld in die Sozialversicherungen eingezahlt haben, um im Alter und im Falle der Pflegebedürftigkeit versorgt zu sein. Auch in einigen Berufen, in denen der Nachwuchs fehlt, arbeiten Senior*innen weiter und bieten auch so Unternehmen eine Sicherheit.

Zum Abschluss bleibt noch die massive Belastung zu erwähnen, die durch die Corona Pandemie verursacht wird, welche aber dadurch nicht weniger wichtig und drängend ist.

Die neue lebensverändernde Situation hat sich im Laufe der Monate vorübergehend entschärft, allerdings hat sich das Leben doch nachhaltig verändert und stellt die Politik tagtäglich vor neue Herausforderungen. Die Lage, in die uns das Coronavirus geführt hat, hat diese stichwortartig skizzierten Probleme noch massiv verschärft. Besonders vulnerable Personengruppen wurden und werden vom sozialen Leben quasi ausgeschlossen. Dies ist schon ohne die gegenwärtige Situation ein großes und drängendes Symptom unserer Zeit.

Die als sicher geglaubten sozialen und solidarischen Errungenschaften der älteren Generation werden abnehmen, wenn die Politik nicht ernsthaft über Alternativen nachdenkt. Die Politik unter den Regierungen Kohl, Schröder und Merkel der letzten Jahrzehnte bedeutet die Verschlechterung der vormals erkämpften Lebensbedingungen. Die 2003 eingeführte „Grundsicherung“ von Rentnerinnen und Rentnern hat die sozial ungerechten Lücken nicht schließen können. Altersarmut, wurde so vorprogrammiert, was als Bürde letztendlich immer die Stadt Hagen tragen muss. Kommunalpolitisch ist auf diese Entwicklungen viel zu wenig Einfluss genommen worden.

Als Linke in Hagen fordern wir:

- Die selbstbestimmte Selbstorganisation von Senior*innen muss gestärkt und durch eine Vernetzung ihrer Interessen gefördert werden.
- Altengerechtes Leben muss überall in der Stadt möglich sein (unter anderem wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln usw.)
- Der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen nimmt zu. Hierzu müssen die kommunalen Entscheidungsträger in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften und Verbänden Richtlinien erarbeiten und über deren Einhaltung wachen.
- Generationen-übergreifendes Zusammenleben muss gefördert und ausgebaut werden.
- Alten- und Pflegeheime sind intensiver als bisher in die Stadtteile und in das Kulturleben zu integrieren, für die Bewohner*innen müssen bessere Möglichkeiten zur Beteiligung am gesellschaftlichen Leben geschaffen werden (die bisherige Qualität der „Pflege“ nur noch Verwahrung durch zu wenig und unterbezahltes Pflegepersonal, bürokratisches Planen von „Oben“ usw. ist menschenunwürdig, sowohl für die Bewohner*innen als auch für das Pflegepersonal). Wir setzen uns deshalb für die Schaffung von Pflege in Wohngemeinschaften ein.

- Die Beratungs- und Hilfsangebote für Menschen, die Angehörige zu Hause pflegen, insbesondere bei der Organisation der Pflege und der psychosozialen Beratung der Pflegenden, sind auszubauen. Ein „Netzwerk Pflege“ könnte hierbei eine Lösung sein (die durch das Pflegegesetz gestützte Zusammenarbeit von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten ist völlig unzureichend). - In einer besonderen Situation sind ältere Migrantinnen und Migranten, die hilfs- oder pflegebedürftig werden. Sie benötigen professionelle Hilfe von Menschen, die mit ihrer Sprache und Kultur vertraut sind. - Altersarmut, gerade bei Frauen, auch bei Migrant*innen, muss bekämpft werden. Das Hagener Sozialamt kann hier seinen Handlungsspielraum besser nutzen. - Bürokratische Hürden müssen im Interesse der älteren MitbürgerInnen abgebaut werden.

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Gleichberechtigung funktioniert noch nicht

Trotz der formalen Gleichstellung der Geschlechter sind Frauen immer noch vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Immer noch verdienen sie deutlich weniger als Männer, was der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichberechtigung widerspricht! und leisten dafür mehr unbezahlte Care-Aufgaben. Frauen wird weniger zugetraut, sie stoßen immer noch an „gläserne Decken“ und sind daher in Führungsetagen unterrepräsentiert. Strukturelle Benachteiligungen sind überall Realität. Die Aufgabe der Politik muss es sein, diesen Diskriminierungen entgegenzuwirken und es allen Menschen zu ermöglichen, sich frei zu entfalten.

Politik vor Ort muss Angebote für unterschiedliche Lebensformen entwickeln. Das schließt Lebensweisen von LGBTIQ* (lesbisch, schwul, bi, trans, inter, queer) ein, aber auch heterosexuelle Lebensweisen jenseits der Ehe. Sexuelle oder geschlechtliche Identitäten dürfen nicht mehr normativ gewertet und unterschiedlich behandelt werden. Die Anerkennung des Pluralismus der Lebensformen muss zum gesellschaftlichen Leitbild eines demokratischen Gemeinwesens werden.

Aber auch Alleinerziehende sind in der großen Mehrheit Frauen und sie begegnen mit besonders vielen Hürden bei dem Spagat, Kinder und Job unter einen Hut zu bringen und beidem angemessen gerecht zu werden.

DIE LINKE tritt ein für den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Menschen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind. Die Prävention von familiärer Gewalt ist eine wichtige Aufgabe sozialer Einrichtungen.

DIE LINKE fordert Hilfsangebote für Frauen in sozialer Not, verbunden mit dem Kampf für Mindestsicherung und Mindesteinkommen. Außerdem braucht es mehr Hilfsangebote für Prostituierte.

DIE LINKE fordert die besondere Unterstützung von Alleinerziehenden. Durch den Betreuungsaufwand und die steuerliche Benachteiligung gegenüber Ehen sind Alleinerziehende besonders von Armut betroffen. Kommunalpolitik muss versuchen, dem entgegenzuwirken.

DIE LINKE fordert die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten.

Soziale Projekte sollten immer den gesellschaftlichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern entgegenwirken.

DIE LINKE will ein Verbot von sexistischer oder stereotypenfördernder Werbung auf städtischen Flächen. Die Bilder, die wir Tag täglich sehen, beeinflussen uns, und der öffentliche Raum, den wir alle nutzen müssen, darf keinen Raum bieten für Diskriminierung jeglicher Art.

Dadurch aber, dass es überwiegend Frauen sind, die allein erziehen, sowie auch überwiegend Frauen, die die häusliche Pflege von Angehörigen leisten, und es auch mehrheitlich der weibliche Elternteil ist, den man auf Klassenpflegschaftssitzungen und Elternsprechtagen an Schulen antrifft u.s.w. , sind es auch die Frauen, die in diesen Bereichen über ein aus ihrem Alltag resultierendes hohes Potential an (Lebens) Erfahrungen verfügen. Sie erfahren hier hautnah, was vor Ort gut läuft und was nicht, was der Verbesserung bedarf, wo es starke Mängel gibt....

Daher ist es sehr wichtig, dass Frauen diese Erfahrungen in die Kommunalpolitik einfließen lassen. Damit ist **nicht** gemeint, dass sich ihre Erfahrungen und Fähigkeiten auf das oben Genannte beschränken. Selbst unter Künstlern und Wissenschaftlern werden Frauen oft weniger ernst genommen als Männer.

Leider sind aber Frauen im Stadtrat wie auch in den Gremien immer noch unterrepräsentiert. Denn auch in der Hagerer Kommunalpolitik kann von Gleichberechtigung keine Rede sein.

DIE LINKE Hagen fordert, dass die Hagerer Politik der Unterrepräsentation von Frauen in allen Gremien der Hagerer Stadtpolitik entgegenwirken soll.

Wir fordern darüber hinaus die Möglichkeit von Kinderbetreuung bei allen Sitzungen von Stadt- und Bezirksvertretungen sowie den Ausschüssen, denn in Gesprächen mit Frauen, die durchaus daran interessiert wären, sich ins politische Leben einzubringen, stellt sich die Kinderbetreuung häufig als Hinderungsgrund dar. Bisher ist keiner der Bezirksbürgermeister eine Frau, der Frauenanteil in den Bezirksvertretungen ist deutlich zu klein, und im Rat sieht es nicht viel besser aus.

In der kommunalen Verwaltung sollten Frauen systematisch gefördert werden.

Wir stellen fest: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen oben und unten.

DIE LINKE setzt sich für den gemeinsamen Kampf aller Geschlechter für Gleichstellung, Gerechtigkeit und gegen Sexismus ein. Männer sind aufgefordert, sich solidarisch an die Seite ihrer Kolleg*innen zu stellen.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer Mindest-50-Prozent-Frauen-Quote für Führungspositionen in der Verwaltung und in den städtischen Unternehmen ein, denn Frauen machen auch (etwas mehr als) 50% der Bevölkerung aus. Aber wo spiegelt sich das wider?

Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft

Barrierefreiheit für alle Menschen!

Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent. Das Institut für Menschenrechte geht davon aus, dass rund 25 Prozent insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie behindern. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist.

Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir fordern, ist:

Barrierefrei , Inklusiv, Gleichberechtigt und Selbstbestimmt

Dabei setzen wir auf die konsequente Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention

Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

Wir fordern ein Teilhabekonzept, das bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet und gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

Was muss dafür getan werden?

Ein Inklusionsplan muss erarbeitet werden.

Eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n wird eingestellt.

Menschen mit Behinderung werden befähigt, über ein „persönliches Budget“ zu verfügen.

Barrierefreiheit in Sprache, Verwaltung, Verkehr, Institutionen, Wahlen analog und digital muss etabliert werden.

Sondereinrichtungen werden abgeschafft oder umgewandelt.

Die kommunalen Jobcenter müssen einen inklusiven Arbeitsmarkt fördern. Wir betrachten dabei die Auslagerungen von Arbeitsplätzen aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in normale Betriebe nicht als Inklusion.

Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln

Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die LINKE kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in Hagen ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem Ersten Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung.

Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier (leichter) Sprache z. B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente beantragen.

Wir fordern deshalb:

Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne Behinderungen gleichermaßen

Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können

Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern

Eine umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen)

Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen demokratisch gewählt werden

Zentrale Forderungen sind für uns im Bereich:

Bauen, Wohnen und Verkehr:

Flächendeckende Förderung der Aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen.

Systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen.

Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen. Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen.

Flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum.

Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe.

Verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit bis 2022. Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit.
Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen.

Bildung, Kultur und Arbeit:

Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung.

Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und erhalten sowie bedarfsgerecht mit barrierefreien Medien ausstatten, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher Sprache, Brailleschrift.

Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen.

Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung.

Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe.

Schaffung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen.

Vergabe des Caterings von Schulen und öffentlichen Einrichtungen an anerkannte Inklusionsbetriebe.

Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter.

Gesundheit und Pflege:

„Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Aufstockung des Personals der Heimaufsicht.

Auflistung von barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen; Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser).

Beratung, Kommunikation und Information:

Es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude.

Sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein.

Alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können.

Allen Dokumenten sind auch als Audiodatei herauszugeben.

Alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein, einschließlich in Gebärdensprache.

Kostenlose gute Bildung für alle – schon ab Kleinkindalter

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Steigende Geburtenraten sowie Zuwanderung haben auch in unserer Stadt dazu geführt, dass die Betreuungsquote trotz des U3-Platzausbaus nicht erfüllt werden kann. Besonders Eltern junger Kinder werden nach wie vor mit Tagespflegeplätzen vertröstet. Die meisten Eltern wünschen sich aber anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe sind die höhere Verlässlichkeit und dadurch bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung, die in der Kita als hochwertiger angesehen wird.

DIE LINKE sagt: Wir fordern öffentlich geförderte, wohnortnahe und gut ausgestattete Kita-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an.

DIE LINKE fordert den bedarfsdeckenden Ausbau von Kindertagesplätzen mit einer Gruppengröße von maximal 15 Kindern und einem Betreuungsschlüssel von einer Erziehungsperson pro fünf Kindern.

DIE LINKE sagt: ein klares NEIN zum Kita-Platz-Sharing.

DIE LINKE fordert Kitaneubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand.

DIE LINKE sagt klar: Der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung gilt unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen. Erwerbslose Familien systematisch auf 25-Stunden-Plätze oder an das Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, empfinden wir als diskriminierend.

DIE LINKE ist für inklusive Kitas, in denen die Versorgung mit multiprofessionellen Teams von Therapeut*innen langfristig gesichert ist.

DIE LINKE steht für die Abschaffung von Kitabeiträgen landesweit. Wir fordern, dass die Kommune diese trägt. Solange dies nicht realisiert ist, will DIE LINKE Beitragssatzungen, die ja auf kommunaler Ebene beschlossen werden, die Kinder Erwerbsloser, Alleinerziehender, Geflüchteter und Geringverdiener beitragsfrei stellen und erst bei mittleren Einkommen einsetzen.

DIE LINKE fordert eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder. Es soll täglich auch mindestens ein vegetarisches oder veganes Menü angeboten werden. DIE LINKE will deshalb die Wirtschaftsküchen der FABIDO-Kitas erhalten.

DIE LINKE steht ebenso für einen Kita-Gesundheitsdienst, in dem Fachkräfte Kinder mit gesundheitlichen Problemen unterstützen und bei Entwicklungshindernissen Beratung und Hilfestellung für die Eltern anbieten und präventive Maßnahmen einleiten.

DIE LINKE fordert die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz von Fachkräften in Großtagespflegen.

DIE LINKE will die Qualifikation von Tageseltern erheblich ausbauen und die fachliche Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger verbessern.

DIE LINKE sagt klar: Tageseltern müssen existenzsichernd entlohnt werden. Es handelt sich hierbei nicht um ein Ehrenamt.

Ferner würde DIE LINKE die bundesweite Einführung einer Kindergartenpflicht begrüßen.

Gute Bildung für alle – unentgeltlich und öffentlich

Bildung ist ein Menschenrecht – ein Recht, das jedem Kind zusteht, unabhängig von sozialer Stellung und Einkommen der Eltern. Mit der Bildungspolitik hängen vielfältige gesellschaftliche Probleme zusammen: Chancen am Arbeitsmarkt, Einkommen, Integration, kulturelle Teilhabe und die Inanspruchnahme politischer Rechte hängen vom Bildungsniveau und seiner Verteilung in der Gesellschaft ab. Das schließt ein, dass auch Kinder von Eltern ohne Aufenthaltsstatus beschult werden müssen. Kein Mensch ist illegal.

Auch in Hagen zeigt sich die soziale Spaltung der Stadt besonders am Bildungsgefälle zwischen wohlhabenden und armen Stadtteilen. Die Chancen auf einen hohen Bildungsabschluss und damit auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind extrem ungleich verteilt. Das liegt nicht daran, dass die Kinder von Geringverdienern dümmer sind. Die Bildungsungerechtigkeit geht einher mit sozialer Ausgrenzung durch finanzielle Armut und Arbeitslosigkeit. Das mehrgliedrige Schulsystem führt zu einer frühen Selektion von Kindern, benachteiligt Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund.

DIE LINKE fordert, eine Schule für alle. Wir brauchen ein inklusives Bildungssystem, das darauf ausgerichtet ist, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, unabhängig von ihren sozialen, ethnischen, geschlechtlichen, gesundheitlichen und persönlichen Voraussetzungen den bestmöglichen Lernfortschritt zu ermöglichen.

Daher begrüßen wir es, dass endlich eine weitere städtische Gesamtschule eingerichtet wird. Wir fordern weitere Gesamtschulen, aber nicht in privater Hand. Schulen gehören in die öffentliche Hand. Bildung ist keine Ware und darf nicht vom Geldbeutel und freiwilliger Schulgeldspendenfreundlichkeit der Eltern abhängen.

DIE LINKE sagt ohne Wenn und Aber: Gleich gute Bildung für alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern.

DIE LINKE sagt klar: Keine Privatisierung der Bildungseinrichtungen.

DIE LINKE verurteilt die Unterordnung des Bildungssystems unter die Wirtschaft scharf. Sponsoring und Werbung an Schulen gehören verboten. Keine Einmischung durch globale Konzerne.

Sprachförderung von Anfang an

DIE LINKE fordert Sprachförderprogramme von der Kita bis zum Berufskolleg durch qualifiziertes und dafür ausgebildetes Personal, das auch entsprechend vergütet werden muss. Bei allem Respekt vor dem Ehrenamt ist hier Kompetenz das höchste Kriterium. Die Eltern müssen in die Spracherziehung (notfalls auch verpflichtend) einbezogen werden, besonders Eltern mit Migrationshintergrund.

Inklusion

DIE LINKE fordert: Um gemeinsames Lernen für Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen möglich zu machen, muss der Standard, den die Förderschulen haben, an allen Schulen umgesetzt sein. Dies bedeutet: Maximal zwölf Kinder in der Klasse, zwei Lehrkräfte, davon eine Förderschullehrkraft, sowie ein(e) Erzieher*in bzw. Sozialpädagoge* in. Es muss ein ausreichendes Raumkonzept mit Rückzugs- bzw. Ruheräumen und Bädern zur pflegerischen Versorgung geben. Unter diesen Bedingungen kann gemeinsames Lernen gelingen.

DIE LINKE erachtet den Erhalt von Förderschulen für notwendig. Das Wahlrecht der Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen muss erhalten bleiben.

Es ist aus mehreren der oben genannten Gründen wichtig, dass die Schulsozialarbeit verstetigt wird. Schulsozialarbeiter dürfen nicht mit unsicheren Verträgen, die alle paar Jahre erneuert werden müssen bereitgestellt werden, sondern mit entsprechenden Arbeitsverträgen fest und in ausreichender Anzahl installiert werden, und den Schulen wie auch den Eltern zur Verfügung stehen.

Lehrmittelfreiheit und Schülerticket

DIE LINKE fordert die Übernahme der Lern- und Lehrmittelkosten in Schule, Ausbildung und Studium und ein kostenfreies Schülerticket für den ÖPNV.

DIE LINKE sagt Nein zu überfüllten Schulklassen, gestressten Lehrer*innen.

Sie fordert die Verkleinerung der Klassengröße auf 18 Schüler*innen als ersten Schritt hin zu 12 Schüler*innen sowie die Einstellung von gut ausgebildetem und gut bezahltem Lehr- und Betreuungspersonal durch das Land.

Offene Ganztagsschule (OGS)

Die Durchführung der OGS wird über Rahmenverträge des Jugendamtes mit sozialen Trägern, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen geregelt. Die Beschäftigung des Betreuungspersonals in der OGS und den Betreuungsangeboten ist oft prekär..

DIE LINKE fordert die Ausweitung der OGS mit qualifizierter! pädagogischer Betreuung einschließlich Förderunterricht für benachteiligte und behinderte Kinder. Auch hier spielt die Qualifikation des Personals eine bedeutende Rolle und muss daher nachgewiesen werden. Das bedeutet, hier darf es nicht darum gehen, durch die Vergabe von geringfügiger Beschäftigung die Statistiken des Jobcenters zu beschönigen.

DIE LINKE sagt klar: Verlässlicher offener Ganztag braucht verlässliche Beschäftigung des Betreuungspersonals, braucht Arbeitsplatzsicherheit und den Schutz der Sozialversicherung.

DIE LINKE setzt sich ein für Rahmenverträge, welche die Träger der OGS zu Arbeitsverträgen mit tarifgebundener, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung des Betreuungspersonals verpflichten.

Die Stadt hat endlich genügend OGS-Plätze bereit zu stellen. Gleichwohl wird ein offener Ganztags von DER LINKEN nur als „Zwischenabschnitt“ betrachtet; unser Ziel ist die Ganztagschule für alle.

DIE LINKE setzt sich für elternbeitragsfreie Ganztagsbetreuung einschließlich eines gesunden Schulessens ein. Noch einmal: Bildung muss kostenfrei sein, inklusive eines kostenlosen Mittagessens für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Berufsausbildung

Nach wie vor fehlen in Hagen Ausbildungsplätze. Die Stadt muss garantieren, dass jeder junge Mensch eine den individuellen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung erhält. Dazu muss die Stadt – wenn nötig – Ausbildungsstätte fördern und einrichten, und dabei für eine breite Streuung der Anbieter sorgen.

DIE LINKE fordert ein offensives Ausbildungsförderprogramm für Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss.

DIE LINKE fordert eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Unternehmen, die nicht oder zu wenig (weniger als zehn Prozent Azubis unter den Beschäftigten) ausbilden, um damit ein öffentliches Ausbildungsprogramm zu finanzieren.

DIE LINKE fordert den Ausbau der Vielfaltigkeit der Ausbildungen an Berufskollegs.

Nur eine gute Bildung/Ausbildung der Jugend wirkt langfristig vorteilhaft auf Gesellschaft und Wirtschaft. Wer nicht genügend in die Bildung investiert, investiert nicht in die eine gute Zukunft.

Hagen braucht mehr Demokratie zum Mitmachen!

Das Wort Kommune stammt von dem lateinischen „communis“, was übersetzt „gemeinschaftlich“ bedeutet. Dort sollten ursprünglich die Bürger*innen gemeinsam über die Zukunft der Gesellschaft entscheiden. Seit Jahren erleben wir allerdings eine Politik, die sich häufig gegen die Interessen und Bedürfnisse der einkommensarmen Menschen in dieser Stadt richtet.

Demokratie gibt es entweder für alle oder gar nicht. Eine Demokratie, die bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgrenzt, ist keine. Wir wollen, dass bürgerschaftliches Engagement mehr bedeutet als Lobgesänge wie für die Mitarbeiter*innen in Schlüsselberufen sowie das Ehrenamt, insbesondere in Krisenzeiten. Wir wollen, dass alle Einwohner(-innen) gleiche Chancen erhalten, an der Gestaltung unserer Stadt mitzuwirken. Das setzt voraus, dass Politik und Verwaltung allen Bewohnern der Stadt mit der gleichen Achtung auf Augenhöhe begegnen.

Wir fordern, dass die Stadtplanung demokratisiert wird und die Mitwirkung der Betroffenen vor Ort eine wesentlich größere Bedeutung bekommt. Demokratisierung beginnt schon zu Beginn der Planungsverfahren. Betroffene dürfen nicht nach dem Motto "Friss oder Stirb!" oder mit Alibi Veranstaltungen beteiligt werden die keine bindende Wirkung haben. Die Ideen der Hagerer sollen in offenen Planungswerkstätten und durch basisdemokratisch organisierte Stadtteilforen gesammelt und in der Gesamtplanung berücksichtigt werden. Dabei sind besonders ökologische und soziale Initiativen und Vereine mit einzubeziehen (z.B. BUND, VCD, Flüchtlingsinitiativen, AIDS-Hilfe etc. und kleinere Vereine).

Es ist für ein demokratisches Miteinander tödlich, wenn Ideen der Hagererinnen und Hagerer in Workshops erarbeiten und eingebracht werden doch dann stillschweigend nicht umgesetzt werden. Hier seien die Planungswerkstätten für die Kultur genannt.

Wir, die Hagerer Linke setzen uns dafür ein, dass es eine echte Bürgerbeteiligung gerade bei größeren Bauprojekten gibt die, dann auch verbindlich ist. Es ist nicht zielführend, wenn der Abriss des Block-1 Areals gegen den Willen der Bürgerschaft mit der Abrissbirne durchgedrückt wird und dann im Nachhinein großzügig gefragt wird welche Farbe die Blumenkübel im Neubau haben sollen

Unabdinglich ist es, aber das wir als Bürgerinnen und Bürger uns der Möglichkeiten, die wir zur politischen Teilhabe haben bewusst sind und diese nutzen.

DIE LINKE fordert, dass die Einwohner*innen vor Ort in den politischen Diskurs integriert werden, damit sie selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Dafür brauchen die Menschen vollständige Informationen und bessere direkte Entscheidungsmöglichkeiten wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide so wie die Transparenz von politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungen.

Wir, DIE LINKE Hagen, setzen sich auch für eine Verringerung der bürokratischen Hürden bei der Bürgerbeteiligung ein.

DIE LINKE Hagen wird bei zentralen Fragestellungen für die Zukunft Hagens Ratsbürgerentscheide einfordern.

DIE LINKE lehnt Verwaltungsstrukturen ab, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben oder zur Verlagerung von Lasten auf die Kommunen führen oder die ausschließlich darauf zielen, Personal abzubauen. DIE LINKE sagt deshalb ganz klar:

Wir setzen uns für Verbesserungen für die Einwohner*innen der Stadt ein. Diese Verbesserungen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Angestellten in der Verwaltung gehen, indem ihre Gesundheit durch Über- oder Fehlbelastung gefährdet wird. Ein sinnvolles Instrument ist hier die Belastungsanalyse, die das Arbeitsschutzgesetz fordert. Hier wird die Belastung objektiv festgestellt, und der Personalrat hat Mitbestimmung.

DIE LINKE fordert: Alle Stadtbezirke Hagens müssen erhalten bleiben. Politik vor Ort und Bürgernähe sind unverzichtbar. Damit meinen wir auch flächendeckende Bürgerämter.

DIE LINKE wird weiterhin, in allen Gremien, konkrete Vorschläge der Einwohner*innen aufgreifen und versuchen, dafür Mehrheiten zu gewinnen.

DIE LINKE sagt klar: Wir arbeiten mit Bürgerinitiativen und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Hagen zusammen und versuchen, ihnen eine parlamentarische Stimme zu geben.

DIE LINKE fordert mehr Rechte für die Kommunen gegenüber Bund und Land.

DIE LINKE fordert eine systematische Weiterentwicklung der bisherigen Beteiligungsverfahren für den Haushalt der Kommune zu einem echten demokratischen Bürgerhaushalt.

Wir sagen: Bei allen Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass betroffene Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.

Ökologie und Artenvielfalt. Klimawandel auch in Hagen stoppen!

Da der Klimawandel im vollen Gange ist sieht man auch in Hagen und spürt es an den Wetterveränderungen. Immer mehr haben wir auch in Hagen mit extremen Wetterereignissen zu tun. Sei es extreme Trockenperioden oder unwetterartige Niederschläge.

Ein wichtiger Faktor zur Erkennung der Tatsachen ist die Bewegung der Kinder Jugend

Fridays for Future.

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE bekamen die Aktivist*innen die Möglichkeit sich dem Oberbürgermeister, Rat, Gremien und Bürger*innen der Stadt Hagen zu präsentieren und auf die Forderungen der Bewegung aufmerksam zu machen.

Seit dieser Zeit hat der Stellenwert der Zukunft unseres Planeten, Kontinents, Landes und Stadt eine stetige Bedeutung bei allen unseren Entscheidungen.

Der Klimawandel nimmt keine Rücksicht auf uns und unsere Umwelt sondern schreitet gnadenlos voran wenn wir ihn nicht stoppen. Klimawandel lässt sich nur gemeinsam mit allen Menschen bekämpfen. Das heißt auch dass wir in Hagen es auch tun müssen.

DIE LINKE Hagen steht fest an der Seite von Fridays for Future und wird ihre Arbeit in den Gremien der Stadt unterstützen.

Nur durch ein Zusammenspiel auf vielen Feldern haben wir die Möglichkeit für unser aller Zukunft etwas zu tun und zu erreichen.

Klimawandel, Klimakiller und Verkehr.

In Hagen geschieht die Freisetzung von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen vor allem durch die Nutzung fossiler Brennstoffe.

DIE LINKE setzt sich deshalb zum Ziel, Energie einzusparen, regenerative Quellen zu nutzen und die Energieumwandlung effizient zu gestalten. Für ein breit unterstütztes Klima-Aktionsprogramm brauchen wir ein starkes Umweltdezernat und die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen, die sich in diesem Bereich engagieren. Der Klimanotfall muss Folgen haben

Am 26.09.2019 hat der Rat auf Antrag der Fridays for Future-Bewegung den Klimanotfall beschlossen. Wir, DIE LINKE setzen uns dafür ein, dass dieser Beschluss auch umgesetzt wird, d.h. im Umweltdezernat werden alle relevanten Beschlussvorlagen auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft und bewertet. Die Einschätzung ist bindend. Für DIE LINKE bedeutet das, dass sich das erweiterte Klimaaktionsprogramm an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und sich auf alle Bereiche bezieht. Wir wollen in der nächsten Ratsperiode einen wichtigen und großen Schritt hin zu einer klimaneutralen Kommune tun. Energie einsparen, erneuerbare Quellen nutzen und effizient umwandeln Im Neubaubereich sind in Hagen nur noch sehr wenige Flächen vorhanden. Dennoch sollte die Verwaltung bei Ausweisung von Baugebieten oder auch Einzelgebäuden mindestens die Anlage von Leerrohren für Photovoltaik und/oder Solarthermie obligatorisch vorschreiben. Außerdem sind Kriterien wie Ausrichtung der Häuser, Dachbegrünung und ggf. die energetische Versorgung mit Blockheizkraftwerken etc. zu beachten.

Ein viel größeres CO₂-Einsparpotential liegt im Altbestand. Das betrifft sowohl den Bereich Energie einsparen, Erneuerbare Energien nutzen als auch die Kraft-Wärme-Kopplung. Hier muss die Stadt eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Wir, DIE LINKE Hagen setzen uns dafür ein,

- für ein Wandel aus der Autostadt der 60er Jahre hin zu einer modernen Stadt der Zukunft: ökologisch und Nachhaltig hin zu einer klimaneutralen Stadt bei gleichzeitiger Förderung vom Schadstoffarmen Fahrzeugen zur Verbesserung der Luftqualität.
- eine 100% erneuerbare dezentrale Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist. Bürokratische Hürden für Einspeisung erneuerbaren Energien müssen deutlich gemindert werden. Neuverträge von Energieversorgung mit der Stadt und Vereinen müssen zu 100% nachhaltig sein – sprich 100% Ökostrom.
- die regional gestaltete Energiewende, als alternativer Pfad zur Dominanz der großen Stromkonzerne, hat mittlerweile einen „point of return“ erreicht. Energiegenossenschaften werden gebildet, es entstehen Bioenergiedörfer und Städte und Kommunen erwerben die Konzession für die Energienetze zurück. Durch den fortgesetzten Ausbau ist die kommunale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien erheblich angewachsen. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an diesen Projekten ist die starke Motivation, Wertschöpfung zu einem Entwicklungsimpuls für Region und Heimat zu machen.
- die Energie Wende in Deutschland kann in eine Zukunft ohne Atomkraft, Kohle und Öl führen, hin zur einer vollständigen Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität aus regenerativen Quellen.
- wir fordern den Stadtrat Hagen auf große Energiespeicher für Hagen zu installieren a) um Strom aus erneuerbaren Energiequellen nicht nur „verpuffen zu lassen“ sondern für Stromspitzen abzufangen und b) bei Flauten auszuhelfen, damit ist eine konstantere Stromversorgung machbar bleibt.
- kurzfristig ein Verbot des Schwerlastverkehr in der Innenstadt und langfristig eine autofreie Innenstadt. Dazu benötigen wir einen dauerhaften Pendelbusverkehr z. B. vom Parkplatz Hönig zur Innenstadt.
- die Photovoltaik-Nutzung allein reicht aber nicht. Wir wollen, dass alle möglichen erneuerbaren Quellen genutzt werden. Es können zum Beispiel noch Potentiale in der Kraft-Wärmekopplung und in der Geothermie erschlossen werden.

Stabilität unserer Ökosysteme erhalten

Das Insektensterben, der Rückgang von Brutvögeln und das Absterben heimischer Baumarten auch in Hagen bieten genug Anlass zur Sorge um die Stabilität unserer Ökosysteme. Das Massenaufreten einzelner Arten wie dem Eichenprozessionsspinner, dem Buchsbaumzünsler oder dem Borkenkäfer ist ein Hinweis für problematische Entwicklungen.

DIE LINKE Hagen fordert: Schützenswerte Flächen im Stadtgebiet sollen konsequent als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Bestehende Schutzgebiete sind zu vernetzen und durch stadtoökologische Maßnahmen zu verbessern und zu sichern (Beispiel: Der Beginn der Lenne Renaturierung).

DIE LINKE will in Hagen künftig deutlich mehr Flächen für die natürliche Waldentwicklung ausweisen. Kommerzielle Waldbewirtschaftung mit intensiver Holznutzung birgt in Zeiten des Klimawandels das Risiko des Absterbens ganzer Waldbereiche.

DIE LINKE möchte dass Hagen die Möglichkeiten der Internationale Gartenausstellung (IGA) im Jahr 2027 nutzt um zu einem modernen, ökologisch sinnvoller Gestaltung der Hagerer Grünflächen zu kommen.

DIE LINKE möchte die Wirksamkeit ökologischer Ausgleichsmaßnahmen einer stärkeren Kontrolle unterziehen. Der Ausgleich sollte in räumlicher Nähe zur auszugleichenden Maßnahme erfolgen.

Stadtökologie

Im Siedlungsbereich gewinnen ökologische Themen zunehmend an Bedeutung. Die mit Stimmen der LINKEN beschlossenen Dachbegrünungen zur Vermeidung von Hitzeinseln sind nur eines von vielen Beispielen.

Eine ähnliche Regelung strebt DIE LINKE auch für sogenannte Steingärten an, die künftig wieder zu unversiegelten, ökologisch sinnhaften Flächen werden sollten.

DIE LINKE strebt die Entsiegelung von Flächen zugunsten des Grundwasserhaushaltes an.

DIE LINKE fordert ein Programm zur Fassadenbegrünung im Innenstadtbereich.

DIE LINKE will die Anzahl der Straßenbäume deutlich erhöhen. Ein Blätterdach kühlt die Straßenzüge und sorgt für frische Luft. Bei der Auswahl der Straßenbäume sollen die verschiedenen Baumarten gemischt werden, um der Verbreitung von Schädlingen entgegen zu wirken. Es ist auf die Anpflanzung klimaresistenter Arten zu achten.

DIE LINKE fordert den Einsatz von städtischem Personal wie z.B. der Feuerwehr, um Straßenbäume in Dürreperioden mit dem benötigten Wasser zu versorgen. Sollten die gegenwärtigen Dürrezeiten sich langfristig bestätigen, sind fest montierte Bewässerungssysteme aufzubauen.

DIE LINKE fordert: Bei Baumfällungen im Straßenraum sind mindestens drei Ersatzbäume zu pflanzen.

DIE LINKE fordert auf städtischen Grünflächen und Parks ein Programm zur Ansiedlung von Vögeln und Fledermäusen durch den Einsatz von Nisthilfen und Übernachtungsplätzen. Es sollen Bereiche für Wildblumen vorgesehen werden, die als Nahrungsquelle für Tiere dienen können.

Initiativen wie z.B. der BUND sollen von der Stadt aktiv unterstützt werden.

DIE LINKE will die Renaturierung und den Schutz von Gewässern auch weiterhin unterstützen.

DIE LINKE lehnt, Massentierhaltung zur Herstellung von Billigfleisch grundsätzlich ab. Wir fordern das in Hagen Initiativen gefördert werden die die ökologische Landwirtschaft fördern und dieses mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen begleiten.

DIE LINKE will begrünte Ackerrandstreifen zur Biotopvernetzung fördern.

Jagd

DIE LINKE steht an der Seite der Naturschutzverbände, die seit langem eine Beendigung der Jagd in NRW fordern. Das Töten von Wildtieren stellt im Regelfall einen Eingriff in den Naturhaushalt dar. Wald und Flur sind aber keine Bereiche für eine Nutztierhaltung. Winterfütterungen für Rotwild lehnen wir ab.

DIE LINKE fordert eine ganzjährige Schonzeit in den Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten.

DIE LINKE will auch Schwarzwild nicht radikal abschießen lassen, um die Tiere aus dem Hagener Stadtgebiet herauszuhalten, wie es die derzeitige Praxis ist. Stattdessen sollten schonende Methoden der Vergrämung eingesetzt werden, wo Schwarzwild Schaden anrichten kann. Der Einsatz von Chili hält beispielsweise auch den hartgesottensten Eber fern.

Kultur ist Leben in der Stadt

Kultur für Alle!

DIE LINKE fordert, dass die Emil-Schumacher Stiftung sich an den Sanierungskosten von vermutlich 15 Mio. € mit einem angemessenen Betrag ihres Hauses beteiligt.

Wir stellen uns hier keinesfalls gegen Museen in der Stadt, im Gegenteil. Nur wir differenzieren. Schumacher Museum ist nicht gleich Osthaus Museum oder Stadtmuseum.

Eine komplette Übernahme der Sanierungskosten durch die Stadt würde definitiv Kürzungen in anderen Bereichen bedeuten. Das ist mit uns nicht zu machen!

Wir fordern, Erhalt aller freien Kulturzentren und des Theaters.

Auch Kultur ist Nahrungsmittel – wir brauchen alle etwas für die Seele und den Geist. Kultur macht Spaß, und über Kultur lässt sich vieles kritisch mitteilen.

Das Theater Hagen, insbesondere die junge Bühne Lutz leistet enorme soziale Arbeit. Es gibt unzählige Projekte für Schüler*innen und Migrant*innen.

Auch das Musiktheater und das Ballett arbeiten u. a. in Schulen. Das Hagener Theater nimmt sich aller aktuellen sozialen Probleme an.

Das gleiche gilt für das Theater-Cafe und den Seniorentheaterclub, wo Theater für und mit Senior*innen gestaltet wird.

Das Philharmonische Orchester Hagen erträgt keinerlei Personalkürzungen mehr. Das Orchester und die Chöre einschließlich der freien Chöre sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Sie verstecken sich nicht im Orchestergraben, sondern bieten den Bürger*innen vieles kostenfrei und zum Mitmachen an.

Sie bedürfen der Unterstützung der gesamten Stadtgesellschaft, damit dieser Teil der Kultur in unserer Stadt lebendig bleibt.

Ebenso bedeutend sind die freien Kulturzentren in unserer Stadt, von denen jedes einen anderen bildungspolitischen Schwerpunkt hat. Gerade die freien Kulturzentren sind allen zugänglich- Wenn auch hier selbstverständlich Zusammenarbeit mit dem Theater Hagen, dem Freilichtmuseum, der Bücherei u.a. besteht, so wird von diesen doch ein anderes Publikum angesprochen – und dadurch werden viele verschiedene kulturelle Ansprüche gedeckt.

Für alle muss Kultur erreichbar und bezahlbar sein.

Für eine demokratische Gesellschaft ist Kultur und Kunst unverzichtbar.

In der Folge der Corona-Pandemie ist der Kulturbetrieb gänzlich zum Erliegen gekommen. Öffentliche Kulturveranstaltungen, wie der Muschelsalat, Programm kino (wie das Kino Babylon in Wehringhausen) Theaterveranstaltungen, Lesungen, Konzerte und vieles mehr finden nicht statt. Viele Kunstschaaffende, Honorarkräfte an Bildungseinrichtungen, wie an Musikschulen geraten in eine existenzbedrohende Situation.

Die Hilfsprogramme vom Bund und Land sind für Künstler*innen wirkungslos.

DIE LINKE fordert,

Abschaffung der Ungleichbehandlung von großen Unternehmen und Soloselbstständigen Hilfen, die an die künstlerische Arbeitsrealität angepasst sind Unterstützung zeitnah und zielgenau Aufstockung des Sozialhilfefonds, speziell für freischaffende Künstler*innen und in der Kulturszene beschäftigte Techniker*innen, denen die Aufträge weggebrochen sind.

Nothilfen analog zum Kurzarbeitergeld

Mietstundung, verringerte Einkommenssteuervorauszahlung, Beitragssenkung bei Sozialversicherungen Liquiditätshilfen für Stätten der Kunst und Kultur, freie Theater, kommunale Museen.

Büchereien sind nicht nur Teil der Kultur, sondern auch das Bindeglied zur Bildung. Dies betrifft alle Altersstufen: Kinder und Jugendliche wie auch einen sehr großen Teil der Erwachsenenbildung. Während des Corona-Lockdowns wurden sie daher von vielen Hagener*innen schmerzlich vermisst.

Um allen Bürger*innen, und vor allem Kindern und Senior*innen die Büchereien leichter zugänglich zu machen, fordert DIE LINKE Hagen, den unbedingten Erhalt der noch vorhandenen Stadtteilbüchereien sowie die Reaktivierung der Stadtteilbüchereien in Boele und Vorhalle. Zudem soll die Bücherei mit einem Bücherbus ausgestattet werden, der weitere Stadtteile - wie zum Beispiel das Volmetal – bedienen kann.

Außerdem fordern wir, dass die Lesekarte für Nutzer*innen mit geringem Einkommen künftig für 5,-€ /12 Monate zu bekommen ist.

Ferner fänden es wünschenswert, wenn die Stadt die private Initiative der „Bücherschränke“ unterstützen würde, sodass solche auch an weiteren Plätzen im gesamten Stadtgebiet aufgestellt werden können.

Mobilität ist ein öffentliches Gut

Ob in der Stadt, im Vorort oder im ländlichen Bereich: Mobilität und das möglichst freie und schnelle Bewegen im öffentlichen Raum ist nicht nur notwendig für den täglichen Weg zu Arbeit, Familie oder Geschäften. Es ist auch eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer Zugang zu Kultur, Orten des öffentlichen Lebens oder Treffpunkten mit anderen Menschen erlangen will, muss dafür zunächst einen Weg zurücklegen. Mobilität sollte in diesem Sinne als ein öffentliches Gut anerkannt werden. Dieses muss allen Menschen ohne Einschränkung zur Verfügung stehen.

Bedarfsgerechte und gut abgestimmte Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für eine funktionierende Stadt. Der öffentliche Raum steht allen Verkehrsteilnehmenden gleichermaßen zu. Die notwendigen Verkehre müssen Raum lassen für echte Urbanität, Leben und Aufenthalt in der Stadt.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) für alle

Der ÖPNV bildet das Grundgerüst einer funktionierenden Mobilität. Er ist schadstoffarm, platzsparend und kann allen Menschen zugänglich sein. Er muss jedoch kostengünstiger werden. Zudem müssen die Anbindungen – auch an die Nahverkehrszüge – verbessert und die Taktrate erhöht werden. So kann der ÖPNV zur echten, attraktiven Alternative zum Auto werden. Dies ist ein wesentlicher Hebel zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

DIE LINKE setzt sich für einen kostenlosen ÖPNV für alle ein. Erste Schritte sind dabei kostenfreie Tickets für Kinder, Jugendliche, Schüler*innen und Azubis, denn aus der Schulpflicht folgt auch ein Recht, zum Ausbildungsort zu kommen. Auch Erwachsene mit wenig Geld haben große Einschränkungen in ihrer Mobilität, da die Kosten eines Sozialtickets deutlich über dem vorgesehenen Satz für Mobilität liegen.

DIE LINKE fordert: Das Verkehrsnetz muss besonders in Bereichen außerhalb der Innenstadt massiv ausgebaut werden. DIE LINKE will eine höhere Taktung und Verlängerung der Fahrtzeiten. Auch am Wochenende muss es möglich sein, zum Schichtbeginn mit Bus und Bahn zur Arbeit oder zum Bahnhof zu kommen. Eine Stadtbahn in Hagen ist mittelfristig (wieder) zu erschaffen.

DIE LINKE fordert: Alle Haltestellen in Hagen müssen barrierefrei sein. Dazu gehören nicht nur der Bau von Aufzügen und Rampen, sondern auch ein vollständiges Blindenleitsystem sowie akustisch gut verständliche Ansagen, die nicht im Drumherum untergehen.

Es darf nicht sein, dass sich die Bundesbahn weigert, zum Beispiel den S-Bahnhof Hagen-Wehringhausen, der nur durch eine hohe Treppe zugänglich ist, mit einem Aufzug auszustatten mit der dreisten Begründung: Fahrgäste mit Gehbehinderung und Fahrgäste, die mit Kinderwagen unterwegs sind, könnten bis zum Hauptbahnhof fahren und von dort mit dem Bus nach Wehringhausen zurückfahren.

DIE LINKE fordert, dass auch zwischen den Ruhrgebietsstädten und dem Sauerländischen Raum die Linien ausgebaut werden.

Reisen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sollen nicht nur über die Knotenpunkte an den Hauptbahnhöfen möglich sein, sondern auch zwischen den einzelnen Stadtteilen der verschiedenen Städte. Die Zusammenlegung der Verkehrsverbünde in NRW erachtet DIE LINKE für sinnvoll, da so eine abgestimmte Planung möglich wird.

Bahnhöfe sind das Aushängeschild einer Stadt. Der Hagener Hauptbahnhof liegt nicht direkt in der Stadtmitte. Für Menschen, die zum ersten Mal in Hagen ankommen und sich nicht auskennen, aber auch für Senioren und andere Reisende ist es besonders am Abend nicht einfach, in die eigentliche Innenstadt zu gelangen, wo sich am Sparkassenkarree ja auch der Knotenpunkt der urbanen Busse, insbesondere der Nachtexpressse befindet. Daher ist ein regelmäßiger Shuttleverkehr vom Hauptbahnhof zum Sparkassenkarree zumindest am Abend dringend erforderlich. Dieser sollte möglichst kostenlos sein oder auf jeden Fall weniger als eine Kurzstrecke kosten.

Außerdem ist es dringend erforderlich, eine gekennzeichnete sichere Fußgängerquerung (z.B. einen Zebrastreifen) vom Berliner Platz zur „Businsel“ zu schaffen. Die Busse, die aus Richtung Schwenke einfahren, sind für die Fußgänger nicht rechtzeitig ersichtlich und umgekehrt.

Mehr Radverkehr

Mit dem Rad unterwegs zu sein ist die umweltfreundlichste Möglichkeit der Mobilität. Gerade in der Stadt bietet das Rad großes Potenzial, da viele der zurückgelegten Wege unter fünf Kilometern liegen. Radfahren ist eine gerechte Form der Mobilität.

Auch Kinder und, mit dem Aufkommen des E-Bikes, körperlich eingeschränkte Menschen können sich auf diese Weise fortbewegen. Im Moment liegt der Anteil des Radverkehrs nur bei etwa sechs Prozent der zurückgelegten Wegstrecken. Die Hauptgründe hierfür sind mangelnde Sicherheit und Komfort durch das hohe Autoverkehrsaufkommen. Radverkehr muss Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV) bekommen. Nur so kann Hagen seine dreckige Luft und den ständigen Lärm loswerden. Die Sicherheit der Fußgänger*innen muss jedoch gewährleistet bleiben. Fußgänger*innen sind das schwächste Glied im Straßenverkehr. Daher müssen Rad- und Fußgängerwege eindeutig getrennt sein.

DIE LINKE fordert den Ausbau der Radwege nicht nur zu den Zentren hin, sondern im gesamten Stadtbereich. Fahrradwege dürfen weder Flickenteppiche noch Zickzackrouten sein. Vorrangig sind Lücken im Radwegenetz zu schließen.

DIE LINKE will eigene Fahrradstraßen und Radvorrangstraßen sowie breitere Fahrradstreifen (mindestens 1,85 Meter) mit Sicherheitsabstand zu parkenden Autos. An Kreuzungen braucht es eigene Grünphasen und grüne Wellen für Fahrradfahrer*innen.

DIE LINKE fordert mehr Fahrradstellplätze und Lademöglichkeiten für E-Bikes. Bei Neubauten müssen die Fahrradstellplätze vor Autos Priorität haben.

DIE LINKE setzt sich ein für mehr Kontrollen und härtere Bestrafung von Falschparkern auf Fahrrad- und Fußwegen und in Kreuzungsbereichen.

DIE LINKE fordert mehr kostenlose Park&Ride-Plätze außerhalb der Innenstadt mit einer kostenlosen Anbindung an den ÖPNV.

DIE LINKE fordert: Gefährliche Stellen – etwa Radwege, die plötzlich auf die Straße führen – müssen mit Hinblick auf die Sicherheit von Fahrradfahrer*innen umgebaut werden. Tödliche Unfälle mit dem Rad gehen auch oft auf abbiegende Lkws zurück.

Die Anzahl der Lkw im Stadtgebiet muss weiter reduziert werden. Die notwendigen Lkws müssen mit Abbiegeassistenten ausgestattet sein. An den Stellen, an denen es zu Unfällen gekommen ist, muss der Straßenabschnitt geändert werden.

DIE LINKE will, dass bei Baustellen kein Fahrradweg wegfällt. Radfahrer*innen müssen wie Fußgänger*innen durch eigene Absperrungen geschützt werden. Einschränkungen dürfen nur zu Lasten des Autoverkehrs gehen. Bestehende Gesetze müssen hier angewandt werden.

DIE LINKE will die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern, Lastenrädern und Fahrradanhängern im ÖPNV. Die Möglichkeiten zur Mitnahme müssen verbessert werden. Aber hierfür bedarf es weiteren Platz, denn Rollstuhlfahrer*innen und Kinderwagen brauchen diese Möglichkeit ebenfalls.

Mehr Rechte für Fußgänger*innen

Jede*r Verkehrsteilnehmende ist zumindest auch manchmal Fußgänger*in. Kinder, Jugendliche, viele Senior*innen und aus finanziellen Gründen Unmotorisierte sind es ständig, alle anderen legen zumindest Teilstrecken zu Fuß zurück. Dennoch werden viele kurze Wege unnötigerweise gefahren statt gegangen. Verlärmte, unbeschattete, unerfreulich bebaute Straßen, schlechte Luft und fußgängerunfreundliche Übergänge mit langen, oft in Phasen getrennten Wartezeiten wirken abschreckend und lassen Menschen aufs Auto zurückgreifen. In der Folge steigt das Kfz-Aufkommen, städtische Zonen veröden, der Lärmpegel steigt, die Luft wird schlechter, innerstädtisches und globales Klima werden belastet.

Eine Stadt der fußgängerfreundlichen Wege hält Platz für Fußgänger*innen vor, geht gegen zugeparkte Wege vor, sorgt für sicheres, komfortables und angemessen schnelles Fortkommen. Hierzu gehören zwingend funktionale Beleuchtung, Beschattung, sowie zum Überqueren Zebrastreifen oder schnell reagierende Ampeln. Anzustreben sind auch gelegentliche Orte zum Ausruhen sowie Angebote zum Spielerischen. Sinnvoll ist die Anbringung von Timern, die die Länge der Grün- und Rotphasen an Ampeln anzeigen.

Fortbewegung für Kinder.

DIE LINKE fordert die Schaffung von Räumen mit Aufenthaltsqualität durch Sitzmöglichkeiten, Beleuchtung, Begrünung und Lärmreduktion.

DIE LINKE will, dass jede Fußgängerampel auch von gehbeeinträchtigten Menschen in einer Grünphase überquert werden kann.

DIE LINKE fordert die Ausweitung der Tempo-30-Zonen, mehr Spielstraßen und mehr Zebrastreifen. Die Bürgersteige müssen an vielen Stellen verbreitert werden. Gehwegparken sollte, soweit wie möglich, nicht geduldet werden. In der Umgebung von Schulen und Kitas müssen mehr Geschwindigkeitskontrollen stattfinden.

DIE LINKE will mehr Kontrollen der Luftverschmutzung durch zusätzliche Messstationen. Gütertransport gehören von den Straßen weg. Auch in Hagen geht etwa ein Fünftel der vom Straßenverkehr erzeugten Luftschadstoffe auf das Konto des Lkw-Verkehrs. Eine nachhaltige Verkehrswende kommt also nicht umhin, den innerstädtischen Gütertransport von Grund auf zu revolutionieren.

DIE LINKE fordert die konsequente Verlagerung des Lkw-Durchgangsverkehrs aus dem Stadtgebiet auf die Schiene und, wo dies nicht möglich ist, auf die Umgehungsstraßen.

DIE LINKE spricht sich für eine Erweiterung der Umweltzone zur Reduzierung des Schwerverkehrs im ganzen Stadtgebiet aus. Für die Kontrollen muss mehr Personal eingestellt werden.

DIE LINKE fordert regelmäßige Verkehrszählungen an allen Verkehrsknotenpunkten mit hohem Lkw-Anteil, um Aussagen über die tatsächliche Belastung treffen zu können.

DIE LINKE fordert die Umstellung des Fuhrparks der Stadt und ihrer Unternehmen auf Elektro- und/oder Brennstoffzellenantrieb. Diese sollen durch Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien mit Ladestrom versorgt werden.

DIE LINKE steht für die Stärkung der regionalen (Kreislauf-)Wirtschaft zur Minimierung von Lieferwegen.

DIE LINKE strebt eine schadstoffarme Verknüpfung von Transport- und Logistiksystemen auf Straßen, Schienen und Wasserwegen an. Für den Lieferverkehr innerhalb der Fußgängerzonen sind neue kleinteilige (halb-)automatische Transportsysteme zu erproben und zu fördern.

Autoverkehr

Der öffentliche Raum gehört allen. Fakt ist aber, dass er weitgehend für den Autoverkehr konzipiert und vom Autoverkehr beherrscht wird. Bau und Erhalt von Straßen, Parkflächen und Parkhäusern sind teuer. Viele davon sind aus Steuermitteln finanziert.

Dessen ungeachtet fristen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen im Gegensatz zu motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen ein oft gefährliches, zumindest unkomfortables Dasein am Rand. Dies ist für besonders junge bzw. ältere Verkehrsteilnehmer gefährlich. Alle Bürger*innen leiden unter dem Verkehrsinfarkt der Innenstädte: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist zudem einer der wichtigsten Emittenten des Klimagases CO₂.

Eine schlichte Umstellung auf Elektromobilität ist keine Lösung. Die Dichte der Fahrzeuge nimmt so nicht ab, und Emissionen werden in andere Regionen ausgelagert. Die Stadt Hagen sollte bei der Umstellung auf Elektromobilität nicht nur regionale Emissionen berücksichtigen, sondern die gesamten, auch die bei der Produktion entstehenden. Der ÖPNV muss umfassend ausgebaut, und die Taktraten müssen erhöht werden. Neue emissionsarme Fahrzeuge müssen angeschafft werden. Rad- und Fußgängerwege und verkehrsberuhigte Zonen müssen besonders im Innenstadtbereich geschaffen, Parkflächen für Autos als Park&Ride-Plätze ausgebaut werden.

Ziel ist eine weitgehend autofreie Innenstadt.

Dies bedeutet: Kein Neubau von Straßen, stattdessen Rückbau vorhandener Straßen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und Verringerung der für das Parken vorgehaltenen Flächen. Für jene Verkehre, die nicht auf ÖPNV und nicht motorisierte Fahrzeuge verlagert werden können, ist Elektromobilität vertretbar, sofern die Zahl dieser Fahrzeuge und ihr Gewicht gering ist und die für sie benötigten Materialien auf fairem Wege gewonnen werden.

Chancen der Digitalisierung nutzen – Datensouveränität gewährleisten

Den Zugang zu digitaler Information betrachtet DIE LINKE als Grundrecht eines jeden Menschen. Es gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, den Zugang zum Internet für alle zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Bürger*innen vor der weiteren Erhebung ihrer Daten durch Unternehmen geschützt werden. Jede*r muss selber entscheiden können, welche Daten sie*er zur Verfügung stellen will.

DIE LINKE fordert den Ausbau des öffentlichen WLAN als Freifunk. Eine leistungsfähige und zukunftsfähige Netzinfrastruktur muss überall und für jeden zur Verfügung stehen.

DIE LINKE fordert, dass Digitalisierung und technischer Fortschritt der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Die effizientere Gestaltung von Arbeitsprozessen und steigende Produktivität muss für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich genutzt werden. Wir wollen nicht, dass Konzerne Zugriff auf die Daten unserer Stadt und ihrer Bürger*innen erhalten. Daten sind das Handelsgut des digitalen Zeitalters, und jede*r muss den öffentlichen Raum nutzen können, ohne sie an ein privates Unternehmen zu geben.

DIE LINKE will keine Ausweitung der Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Videomaterial über öffentliche Plätze soll nicht in den Händen der Privatwirtschaft sein. Die automatisierte Auswertung des Materials ohne konkreten Grund darf nicht erfolgen. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, sondern verlagert sie höchstens.

Digitalisierung der Verwaltung

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen hat Hagen gute Fortschritte erzielt und dennoch ist das Ende nicht in Sicht. Sie soll Arbeiten vereinfachen und Prozesse kostengünstiger organisieren. Dabei ist auf die Belange der Bürger*innen und Mitarbeiter*innen Rücksicht zu nehmen.

DIE LINKE fordert die konsequente Einhaltung der Vereinbarung zwischen Personalrat und Verwaltungsspitze. Kein Arbeitsplatzabbau durch Digitalisierung.

DIE LINKE erwartet umfassenden Datenschutz für die Bürger*innen. Datensicherheit hat oberste Priorität. Wir lehnen eine Freigabe von Bürger*innen-Daten an private Dritte ab.

DIE LINKE will eine Stärkung von E-Government: Die Behördengänge können mit Hilfe der Digitalisierung vereinfacht werden oder ganz entfallen. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien nicht von den Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang sollen dem Bürger auch gleichberechtigt zum Nutzen auch Informationen über die Gefahren des Datenmissbrauchs (z.B. Identitätsdiebstahl) dargelegt bekommen.

DIE LINKE fordert die Umstellung der Stadtverwaltung auf Open-Source-Programme. Open Source heißt, dass jede*r den Quellcode des Computerprogramms einsehen, verändern und ihren*seinen Bedürfnissen anpassen kann. Nur wer den Quell - code kennt, kann sagen, was ein Programm wirklich tut. Daher kann die Stadt nur so die Datensicherheit ihrer Einwohner*innen garantieren. Sie spart Lizenzgebühren und macht sich herstellerunabhängig.

DIE LINKE will den Einsatz von offenen Schnittstellen. Nur wenn die Stadt zur Kommunikation untereinander, mit anderen Kommunen und mit ihren Bürger*innen offene Standards verwendet, macht sie keine kostenlose Werbung für Unternehmen und ist herstellerunabhängig.

DIE LINKE will die Geodaten der Stadt öffentlich zugänglich machen. Langwierige Antragsstellungen werden so überflüssig. Bauvorhaben und Planungen können beschleunigt werden.

Digitale Kompetenzen stärken

Um die digitalen Kompetenzen der Bürger*innen Hagens zu erhöhen, braucht es mehr Bildungsangebote. Die Investitionen in die Ausstattung von Schulen müssen erhöht werden, sowohl in Technik als auch in die Einstellung von Informatiklehrer*innen. Dabei muss die Unterstützung des Landes NRW eingefordert werden.

DIE LINKE fordert: In Schulen sollte ebenfalls Open-Source-Software verwendet werden. Durch den Unterricht mit zum Beispiel Microsoft- oder Apple-Produkten werden die Schüler*innen an diese Unternehmen gebunden und können keine echten digitalen Kompetenzen erlangen. Schüler*innen müssen über das Datengrabbung großer Konzerne aufgeklärt werden.

DIE LINKE will eine kontinuierliche Schulung der städtischen Mitarbeiter*innen, um sie stets auf dem neuesten Stand der Technik zu halten.

Für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander, gegen Militarismus!

DIE LINKE Hagen setzt sich für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander aller in unserer Stadt Lebenden ein. Ein friedliches urbanes Leben ist eine unverzichtbare Grundlage dafür, dass auch Frieden in den internationalen Beziehungen für erstrebenswert und erreichbar gehalten wird.

DIE LINKE fordert: Internationale Beziehungen stiften und pflegen!

Städtepartnerschaften sollen über protokollarische Gesten hinaus zu einem gelebten Austausch von Bevölkerungsgruppen werden. Insbesondere Schüleraustausche sollen ausgeweitet werden.

Ob Montlucon / Frankreich, Berlin-Zehlendorf, Smolensk / Russland, Lievin / Frankreich und Bruck an der Mur / Österreich oder Modi'in in Israel - sie zeigen dass es egal welche politisch (Un)Wetterlage gerade herrscht, ein freundliches Miteinander zwischen den Nationalitäten wichtig und möglich ist

Alle diese Städte brauchen für ihre Existenz und Weiterentwicklung Frieden.

Wir sagen: Kein Werben fürs Sterben!

Eine dem Frieden verpflichtete Kommunalpolitik lehnt die Unterstützung von Kriegsvorbereitungen und Kriegstreiberei ab: Werbung für die Bundeswehr darf seitens der Stadt nicht unterstützt werden. So soll insbesondere auf den Werbetafeln im Umfeld von Schulen die Bundeswehr nicht als Arbeitgeber und Karrieremöglichkeit beworben werden. Auf entsprechende Ausgestaltung der Konzessionsverträge muss geachtet werden. Jugendliche müssen darauf hingewiesen werden, dass sie der Weitergabe ihrer Meldedaten widersprechen und sich damit gegen eine Werbung seitens der Bundeswehr verwahren können.

Werbeauftritte der Bundeswehr auf Jobmessen, soweit diese in kommunaler (Mit)Verantwortung stehen, und auf Stadtteilstesten oder städtischen Events dürfen nicht zugelassen werden. Das gleiche gilt auch für die Bigband der Bundeswehr, weil diese immer mit Werbebussen zusammen auftritt.

DIE LINKE sagt: Hagens Stadtgebiet ist tabu für militärische Nutzungen!

An ihrer östlichen Grenze stellt die NATO seit Jahren in beunruhigender Weise ihre kriegerischen Fähigkeiten zur Schau. Die dafür nötigen Truppenbewegungen werden auch über nordrhein-westfälisches Gebiet geführt. Im Falle der Nutzung von Straßen oder Schienen, die über Hagener Gebiet führen, legt die Stadt keine über ihre Pflichten hinausreichende freiwillige oder unterstützende Kooperation an den Tag. Wir fordern auch ausdrücklich, dass nur Transporte durchgeführt werden dürfen, die zum Beispiel ausreichend gegen Schäden versichert sind und zum anderen auch die notwendigen örtlichen Erlaubnisse eingeholt haben und die notwendigen Gebühren ohne Ausnahmen bezahlen. Als Beispiel sei hier die Autobahnmaut genannt.

Hagen ist multikulturell

Auch wenn es manche noch nicht wahr haben wollen, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist und immer war, erleben wir dies auch in Hagen als Realität. Einwanderer sind aus unserer Gesellschaft und unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Viele von ihnen leben in der zweiten und dritten Generation hier und sind inzwischen hier genauso heimisch wie ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Lange war Hagen die Stadt mit dem prozentual gesehen höchsten Migrationsanteil in ganz Deutschland. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird auf 17% der Hagener Stadtbevölkerung geschätzt, d.h. aktuell stammt jede/r sechste Hagener*in aus einem anderen Land, einem anderen Kulturkreis. Bei Lichte besehen ist aber auch unsere „einheimische“ christlich-abendländische Kultur das Ergebnis vielfältiger Zuwanderungen durch all die Jahrhunderte, seit die Römer ihre Heerlager bis an die Lippe vorschoben... Die französischen Hugenotten durften in Preußen Zuflucht nehmen. Zum Ende des 19. Jahrhunderts bereits kamen die ersten „Gastarbeiter“, daher die vielen polnischen Familiennamen in unseren Telefonbüchern...

Auch wenn es manche noch nicht wahr haben wollen, war unsere Gegend schon immer multikulturell. Im Bewusstsein vieler Menschen reflektiert sich die veränderte ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung als subjektive Bedrohung. Soziale Sorgen nehmen zu, Unsicherheit fremden Kulturen, besonders Religionen gegenüber verdichten sich in den Köpfen zu Fremdenfeindlichkeit und Anfälligkeit für rassistische Demagogie. Dabei ist es eine vielfach bewiesene Tatsache: Bedroht wird das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen nicht von den Einwanderern, sondern von den irrationalen Ängsten und Vorurteilen gegen sie. In Wirklichkeit stellt die multikulturelle Vielfalt eine enorme Bereicherung dar. Hagen ist bunt und soll es auch bleiben.

Frieden und Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie lassen sich nicht im Gegeneinander der Kulturen erreichen, sondern nur im Austausch und Miteinander. Notwendig ist die Zurückdrängung aller Erscheinungsformen des Rassismus und ethnischer Diskriminierung, notwendig ist die Auseinandersetzung mit allen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, die Sozialabbau, Bevormundung und nationales Auslesedenken hervorbringen.

Durch einen Antrag der LINKEN ist Hagen im Juli 2019 schließlich dem UNESCO-Bündnis „Städtekoalition gegen Rassismus“ beigetreten. Nun erwarten wir, dass die Stadt diese Verpflichtungen aus diesem Bündnis mit Leben füllt.

DIE LINKE stellt sich gegen Rassismus und gegen die rechtsextremen Bestrebungen der AfD im Stadtrat und in den Ausschüssen. Wir wollen ein offenes, tolerantes, sicheres und buntes Hagen.

Auf Demos treten wir auf allen Ebenen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern gegen rassistische und faschistische Hetze, denn für uns ist der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine Aufgabe aller Demokrat*innen.

Deshalb sagen wir: Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Ohne Wenn und Aber wenden wir uns gegen alle Formen faschistischer und rassistischer Überzeugungen, Meinungen, Parteien und Organisationen.

DIE LINKE Hagen tritt dafür ein:

- dass kommunale Aktionspläne gegen Faschisten und Rechtspopulisten erarbeitet werden,
- dass in Behörden, Verwaltungen, Schulen und sonstigen Einrichtungen Fachleute für eine antifaschistische Weiterbildung, aber auch für Aufklärung über den überall anzutreffenden Alltagsrassismus eingesetzt werden
- dass alle Bildungseinrichtungen sich zu „Einrichtungen“ gegen den Rassismus erklären und dieses mit einem Aktionsprogramm mit Leben erfüllen.
- Dass die Hagerer Politik sich gegen jede Art rechter Propaganda, Rassismus und faschistischer Tendenzen auf allen politischen Ebenen entgegenstellt.

Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität

Für ein Leben ohne Diskriminierung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. In Hagen leben Menschen aus 138 verschiedenen Staaten.

Etwa 19% der Menschen in unserer Stadt haben Migrationshintergrund, gut 38 000, besonders hoch liegt der Anteil bei den unter Sechsjährigen. Wenn die gesamte Zuwanderungsgeschichte des 20. Jahrhunderts berücksichtigt wird, sind es noch viel mehr.

Migrant*innen sind besonders von Sozialabbau und Benachteiligungen betroffen; sie sind auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen, bei den Bürgerrechten und den Bildungschancen und im kulturellen Leben besonders benachteiligt. Diese Probleme werden vor Ort, auf der kommunalen Ebene sichtbar und konzentrieren sich hier.

Zu den „klassischen“ Migrant*innen haben sich seit der EU-Osterweiterung Zuwanderer*innen und Geflüchtete aus Kriegs- und Krisenregionen gesellt. Zum überwiegenden Teil haben sie ihre derzeitige Heimat in den von Armut betroffenen Stadtteilen Hagens gefunden, wo derzeit eine überdurchschnittliche Konkurrenz z.B. um Wohnraum und Kinderbetreuungsplätze festzustellen ist.

Menschen mit Migrationshintergrund – neu eingetroffene noch mehr als schon länger hier lebende – haben häufig erschwerte Bedingungen, gleiche schulische und berufliche Erfolge und Karriereschritte zu realisieren wie ihre Mitbürger*innen ohne Migrationshintergrund.

Hagen unternimmt anerkennenswerte Anstrengungen, die Auswirkungen ungleicher Startbedingungen zu mildern. Die faktische Segregation in migrantische und nicht-migrantische Stadtteile wirkt sich jedoch integrationshemmend aus; die zur Verfügung gestellten – gemessen an den Anforderungen unzureichenden – finanziellen Mittel beschränken den Erfolg.

DIE LINKE Hagen sagt und fordert:

DIE LINKE setzt sich für ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept ein, in dem die Stadt die räumlichen Ghettos gezielt verhindert.

DIE LINKE unterstützt nachdrücklich ein zusätzliches Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen und die Einrichtung und den Ausbau von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund.

DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen im Hinblick auf eine interkulturelle Kompetenz an Schulen und in Kindergärten; sie setzt sich für eine frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern ein.

DIE LINKE will, dass der Integrationsrat in allen die Integration berührenden Fragen von Politik und Verwaltung gehört werden muss.

DIE LINKE tritt ein für ein Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Sie fordert die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-Bürger*innen.

DIE LINKE tritt ein für eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von in anderen Ländern erworbenen Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen. Denn nicht

zuletzt geht uns hier auch kompetentes Fachpersonal verloren, wenn gut ausgebildete Migrant*innen wegen zu vieler bürokratischer Hürden ihren Beruf hier nicht ausüben können.

DIE LINKE fordert, dass bei Neueinstellungen in der Verwaltung entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

DIE LINKE tritt für die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für Asylsuchende und Geduldete ein. Sie fordert einen großzügigen und weniger restriktiven Umgang mit Ermessungsleistungen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen.

DIE LINKE fordert für Asylsuchende und Geduldete einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung.

DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung von kommunalen Härtefallkommissionen ein, an die sich von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge und Migranten*innen wenden können.

Eine andere Haushaltspolitik ist durchaus möglich!

Wer Demokratie will, muss die Selbstverwaltung der Kommunen verteidigen. Sie ist zwar im Grundgesetz festgeschrieben, doch die Kommunen werden finanziell ausgeblutet, sodass sie praktisch nicht mehr handlungsfähig sind.

Hagen gehört zu den Städten, die besonders schwer unter dem von Oben verordneten Zwangssparen zu leiden haben. Seit der Kommunalwahl 2014 hat sich die Haushaltslage der Stadt dramatisch verändert. An Investitionen denkt die selbsternannte Allianz (CDU, FDP, Grüne, Hagen Aktiv) in keiner Weise. Gerade jetzt in der Nullzinsphase muss zukunftsorientiert investiert werden, um interessant für Unternehmen zu sein.

Die Verantwortung für das finanzielle Ausbluten der Kommunen tragen überwiegend die Bundes- und Landesregierung, die mit ihrer verfehlten Steuerpolitik dazu beigetragen haben, dass die großen Konzerne praktisch steuerfrei gestellt sind. Auch die amtierende Hagener Allianz der neoliberalen Ideologie des Standortwettbewerbs, Abbau sozialer Leistungen, eine Sparorgie im öffentlichen Dienst und die Vermarktung öffentlichen Eigentums sind die sozialen Kosten dieser Art.

Fördermanagement oder Akquise von Fördergeldern findet in der Stadt Hagen kaum statt. Vergleichbare Kommunen haben für die Beantragung von Fördergeldern bis zu 8 Mitarbeiter, hingegen die Stadt Hagen eine Mitarbeiterin, die auch noch für den Kämmerer tätig ist.

Schon heute hat die Stadt so viele Gemeinschaftseinrichtungen privatisiert oder geschlossen, dass allein dies die Lebensqualität der Hagener Bevölkerung erheblich absenkt und die Verwaltung ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge der Bürger nicht mehr ausreichend nachkommen kann (z.B. Sanierung maroder Schulgebäude, Kinderspielplätze sowie die Bearbeitung von Anträgen z.B. Bauanträge).

Im Gegenteil, trotz enormer Kürzungen, die der Stadt aus Arnsberg auferlegt werden, hält die Verwaltung unter Führung des OB Erik O. Schulz es nicht für nötig, Einsparungen an Dienstfahrzeugen und Abfindungsgehältern zu praktizieren.

Es reicht nicht, sich dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" anzuschließen und Resolutionen zu unterschreiben, sondern man muss Bund und Land unter Druck setzen, damit Kommunen wie Hagen auch in Zukunft noch lebensfähig sind.

DIE LINKE Hagen fordert:

- Einführung eines Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen wie Hagen.
- Kommunen sind immer noch die größten öffentlichen Investoren. Mit ihren Investitionen tragen sie Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Stadt. Hagen braucht sofort eine Investitionspauschale (z.B. aus einer Erhebung der Vermögenssteuer).
- Reform der Gewerbesteuer entsprechend den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände:

- Gesetzliche Verpflichtung von Land und Bund auf strikte Einhaltung des Grundsatzes „Wer bestellt, zahlt auch“ (Konnexitätsprinzip). Bei Anstieg der Zinsen fordert DIE LINKE die Umsetzung des Schuldenmoratoriums.
- Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Entlastung der unteren Einkommen und indirekten Steuern.
- Keine weiteren Einsparungen mehr bei Bürger- und Jugendzentren, Beratungsstellen und anderen Sozialeinrichtungen.
- Keine 15 Millionen Euro Hagener Steuergelder für die Sanierung des Emil Schumacher Museum ohne Beteiligung der Schumacher-Stiftung, Bund und Land.
- Keine weiteren Einsparungen beim ÖPNV, sondern dessen Ausbau und die Einführung eines 365 Euro Tickets.
- DIE LINKE fordert, Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) abzuschaffen und damit die Anwohner*innen zu entlasten. Zur Gegenfinanzierung muss vom Land ein Ausgleich in gleicher Höhe gezahlt werden.
- Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums und kommunaler Leistungen der Daseinsvorsorge. Die Linke. fordert: eine Rekommunalisierung der Städtischen Töchter.
- Stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsgestaltung durch einen Bürgerhaushalt. Als erster Schritt kann dieses in den Bezirksvertretungen erfolgen.

Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungspolitik sein

Hauptursache der Armut ist die Arbeitslosigkeit. Über 25.000 Hager Frauen und Männer waren im Oktober 2019 arbeitslos. 7.000 davon erhielten Arbeitslosengeld I; die meisten Betroffenen jedoch waren langzeitarbeitslos.

Die Arbeitslosenquote beträgt damit in Hagen immer noch rund zehn Prozent. Werden noch die Menschen berücksichtigt, die zum Teil in Maßnahmen „geparkt“ oder angeblich zu alt für eine Vermittlung sind und deshalb in der Arbeitslosenquote nicht auftauchen, waren es insgesamt über 31.000 Menschen, die als „unterbeschäftigt“ galten

Die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen verletzt die Menschenwürde und mündet in einen Teufelskreis sozialer Probleme. Dazu gehört die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen für den Lebensunterhalt.

Eines der dringendsten Probleme ist der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit.

Für Langzeitarbeitslose werden in Hagen, wie in vielen andern Kommunen, von der Stadt im Rahmen ihrer „Kommunalen Arbeitsmarktstrategie 2020-2030“ unter Anwendung des „Teilhabechancen-Gesetzes“ Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten. Hier wird zwar auch der entsprechende Tariflohn gezahlt, und es besteht dabei die Möglichkeit einer Beschäftigung von bis zu fünf Jahren. Jedoch ist die Chance, danach übernommen zu werden, mehr als ungewiss.

Hinzu kommt, dass die Sozialversicherungsleistungen keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vorsehen, so dass nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer – ohne die anschließende Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis – der Rückfall in den Hartz-IV-Bezug erfolgt.

Auch gibt es nur geringe Chancen zur Teilnahme an Weiterbildungen. Tarifliche Leistungen wie z.B. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, die über den Lohn hinausgehen, können nicht in Anspruch genommen werden.

Die Tätigkeiten finden hauptsächlich in öffentlichen und sozialen Diensten, in Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, in der Schulbetreuung, Hausaufgabenhilfe, in Begleit- und Präsenzdiensten im öffentlichen Raum und in öffentlichen Kultur- und Freizeiteinrichtungen statt – also Arbeit und Beschäftigung, die Menschen hilft und nützt. Dies sind alles gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten und Beschäftigungen, von denen die Stadt Hagen noch viel mehr schaffen sollte. Dies könnte durch Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschehen - tariflich bezahlt und mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

Qualifizierungsmaßnahmen, die nur beschäftigungstherapeutische Wirkung haben und nicht in einen qualifizierten Berufsabschluss münden, lehnt DIE LINKE ab. Zertifikate, die zu einem Abschluss führen können, begrüßen wir.

DIE LINKE steht für öffentlich finanzierte Programme zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Erwerbslosen und besonders Langzeitarbeitslosen und für ein Lehrstellenprogramm für junge Erwerbslose ohne Berufsausbildung.

Wirtschaftsförderung

Die Entwicklung der Wirtschaft läuft nicht zum Vorteil unserer Stadt. Mit alten Strategien wird die Wirtschaftsförderung auch in Zukunft ihre Ziele verfehlen. Sie wird die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft in eine schmale wohlhabende Oberschicht und eine große Masse der Menschen, die vom Strukturwandel abgehängt sind, nicht stoppen können.

Der falsche Weg ist ein Dumpingwettbewerb der Städte um die niedrigsten Gebühren und Unternehmenssteuern.

DIE LINKE tritt für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsförderung ein und fordert den Ausbau und die Stärkung der Gemeinwirtschaft und des Genossenschaftswesens ein.

DIE LINKE fordert, dass Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen an verpflichtende und einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden.

Gegen Armutslöhne: Mindestlohn 12 Euro pro Stunde

Arm trotz Arbeit – davon sind immer mehr Beschäftigte betroffen. Die Löhne im Niedriglohnsektor und für prekär Beschäftigte reichen selbst bei Vollzeit nicht aus, um die Existenz zu sichern. Jede*r vierte Hartz-IV-Bezieher*in ist ein*e so genannte*r Aufstocker*in. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde.

DIE LINKE sagt klar: Vom Lohn der Arbeit müssen Erwerbstätige und ihre Familien leben können. Die sogenannte Unterbeschäftigungsquote liegt immer noch insgesamt über deutlich über 11 Prozent. Darin enthalten sind neben Teilnehmer*innen an Maßnahmen, die älter als 58 Jahre sind. DIE LINKE fordert, dass die öffentliche Hand auch für ältere Hartz-IV-Empfänger*innen Lösungen schafft.

Ein zentrales Ziel der Politik muss es sein, allen Menschen gute Arbeit zu bieten und die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Die Bedingungen, unter denen die Wirtschaft Arbeitskräfte nachfragt, werden gar nicht hinterfragt.

DIE LINKE fordert die Schaffung von unbefristeten, guten, vollumfänglichen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose. Anstatt die Unternehmen mit billigen Fachkräften zu versorgen, muss die Stadt Hagen auch auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bestehen. Die richtigen Förder- und Bildungsangebote dürfen nicht wieder zu prekärer Beschäftigung für die Sozialpädagog*innen, Dozent*innen etc. führen.

DIE LINKE fordert die Schaffung einer dauerhaften städtischen Bildungseinrichtung, um die Qualifizierungen und Bildungsangebote rund um die Arbeitsmarktstrategie aus einer Hand anbieten zu können, ohne dabei auf Honorarkräfte und unseriöse Drittanbieter zurückgreifen zu müssen.

DIE LINKE fordert: Weg mit Hartz IV. DIE LINKE ist für eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro im Monat.

Daseinsvorsorge durch öffentliche Einrichtungen und Leistungen

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit brauchen gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen und das öffentliche Eigentum an lebensnotwendigen Natur- und Kulturgütern

DIE LINKE tritt auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verhindert und schon erfolgte Privatisierungen zurückgenommen werden.

Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts müssen flächendeckend erhalten bleiben, um eine Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen zu gewährleisten.

Kommunale und gemeinnützige Träger sollen gefördert werden, um sichere Arbeitsplätze in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen zu schaffen.

Neuansiedlungen

Gewerbliche Flächennutzung soll an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebundensein. DIE LINKE sagt: Flächenverbrauch für automatisierte Lagerhallen ohne Arbeitnehmer* innen ist ein Weg in die Sackgasse. Private-Public-Partnership-Projekte lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab.

Den öffentlichen Dienst stärken

Die Stadt Hagen zusammen mit ihren Töchter- und Beteiligungsunternehmen ist bei Weitem der größte lokale Arbeitgeber. Entsprechend hoch ist ihre Verantwortung für die Beschäftigung vor Ort. Doch die Ideologie eines „schlanken Staates“ in Kombination mit dem Austrocknen der Gemeindefinanzen ist eine der Hauptursachen für Arbeitslosigkeit.

DIE LINKE befürwortet eine leistungsfähige Verwaltung. Kommunale Rationalisierungsprojekte dürfen nicht noch mehr Arbeitslosigkeit erzeugen. Dagegen sind gemeinwirtschaftliche Betriebe in kommunaler Hand breit auszubauen. Deren Betriebsformen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse gewährleisten.

DIE LINKE steht klar zu einer Stärkung des öffentlichen Dienstes als größter Arbeitgeber und im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Beharrlichkeit und das ständige Nachhaken haben sich ausgezahlt: Auf stetiges Drängen der linken Ratsfraktion wurde die Ausbildungsquote bei der Stadtverwaltung erhöht.

Dieser Trend nach oben muss sich fortsetzen.

Die LINKE sagt: Schluss mit unnötigen Befristungen in der Stadtverwaltung und den kommunalen Einrichtungen. Sachgrundlose Befristungen lehnt DIE LINKE ab.

Ausgliederung von Personal in sogenannten Servicegesellschaften und Lohndumping und „Tariffucht“ trägt DIE LINKE nicht mit.

DIE LINKE fordert: Beschäftigte müssen ständig weiter qualifiziert werden, damit diese auch künftige Aufgaben bewältigen können.

Die Einführung von Samstags- und Sonntagsarbeit lehnt DIE LINKE ab.

Nein zu Faschismus, Rassismus, Rechtspopulismus

DIE LINKE will offene, bunte und vielfältige Kommunen. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine lebenswerte Kommune setzt Respekt voraus – Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Meinungen.

Faschistische und rechtspopulistische Organisationen wollen das Gegenteil und setzen auf Ausgrenzung. Rechte Hetze versucht, für Armut und soziale Verwerfungen Geflüchtete, Migrant*innen und Minderheiten als Sündenböcke verantwortlich zu machen. Armut und prekäres Leben sind auch in Hagen weit verbreitet. Diese gilt es zugunsten sozialer Gerechtigkeit zu bekämpfen. Auch damit wird faschistischen und rassistischen Argumentationen der Boden entzogen.

Die rechte Szene hat sich in den vergangenen Jahren in ganz NRW verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014 waren noch die NPD und die Pro-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Gleichzeitig trat aber in einzelnen Städten die neu gegründete Partei „Die Rechte“ an, ebenso war erstmals die AfD vertreten. Die Rechtsextremist*innen konnten vereinzelt kommunale Mandate erringen, die AfD zog in viele kommunale Parlamente zum Teil in Ratsgruppen oder Fraktionsstärke ein. In den vergangenen Jahren fand eine gesellschaftliche Polarisierung statt. Während rassistische Äußerungen in der Öffentlichkeit häufiger zu hören sind und sich viele Menschen rechtspopulistischen, nationalistischen und rechten Parteien zuwenden, gehen andererseits immer mehr Menschen gegen Rechts und für soziale Verbesserungen auf die Straße.

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Neofaschist*innen und Rechtspopulist*innen sind nach wie vor in kommunalen Vertretungen, auch in Hagen, präsent. Es ist eine unerträgliche Belastung, dass sie durch diese Mandate ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten.

DIE LINKE begrüßt das Verbot der rechtsextremen Kameradschaften. Diese versuchen, gestützt durch eine defensive Rechtsprechung und durch fehlende Strafbewehrung, öffentlichen Raum zu erobern. Regelmäßig marschierten sie in Hagen und verbreiten ihre faschistische, antisemitische und menschenverachtende Propaganda, hetzen gegen unsere Nachbar*innen, Kolleg*Innen, Migrant*innen und Geflüchtete. Besonders Jugendliche gehören und gehörten zur erklärten Zielgruppe der Neonazis.

DIE LINKE fordert: Gerichte, Polizei und Verwaltung müssen alle rechtlichen Mittel nutzen, um neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden, und dabei auf Innovation und Kreativität setzen.

DIE LINKE lehnt dabei klar die Extremismus-Theorie ab, die Antifaschist*innen und Linke unter dem Kampfbegriff „Linksextremismus“ auf eine Stufe mit Nazis und Rassist*innen stellt und somit antifaschistisches Engagement kriminalisiert.

DIE LINKE sagt: Die Neonazis bieten keine soziale Alternative! Sie versuchen, vorherrschende Missstände gegenüber Migrant*innen auszuspielen.

DIE LINKE tritt dafür ein, den Widerstand gegen Rassismus und Neonazis mit Forderungen nach sozialen Verbesserungen zu verbinden, denn nur so kann den Faschist*innen der Nährboden entzogen werden.

DIE LINKE möchte die bereits verlegten Stolpersteine erhalten und das Andenken an die Opfer der Nazis ganz konkret im Straßenraum bewahren. Auch weitere Stolpersteine sollten die Erinnerung lebendig halten und die Opfer anschaulich aus der Anonymität holen.

DIE LINKE fordert die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von Steigbügelhalter*innen des deutschen Faschismus oder von Rassist*innen, Antisemit*innen und Militarist*innen tragen.

DIE LINKE erkennt nicht, dass Rechtspopulismus bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft reicht. Das macht auch der Zuspruch für antieuropäische, nationalistische Parteien wie der AfD deutlich. Eine breit angelegte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist notwendig. DIE LINKE macht eine klare Unterscheidung zwischen den Wähler*innen und den Mitglieder*innen der Partei.

Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit den Bürger*innen: auf Demos, in antifaschistischen gesellschaftlichen Bündnissen, in Jugend- und Kulturbündnissen.

DIE LINKE setzt sich für den Dialog mit Migrant*innen ein, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Den Faschist*innen aus dem migrantischen Spektrum tritt DIE LINKE gleichermaßen entschieden entgegen. Auch die kommunale Verwaltung soll sich an diesen Richtlinien orientieren. Ordnungs-, Jugend- oder Gesundheitsamt und die gesamte kommunale Verwaltung haben eine politische Verantwortung und sollen daran arbeiten, eine lebenswerte Kommune für alle Menschen jenseits ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise zu schaffen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung für eine vorurteilsfreie und antirassistische Umgangsweise mit allen Einwohner*innen sensibilisiert werden.

DIE LINKE will die Förderung von interkulturellen Begegnungsstätten, Jugendeinrichtungen und Sportvereinen.

Nie wieder Rassismus! Nie wieder Faschismus!

Sie haben noch Fragen, Anregungen und wollen bei uns mitmachen?

Kein Problem. Sprechen Sie uns an!

Am 13. September 2020

4 mal DIE LINKE ankreuzen!

Damit es besser wird!

www.dielinke-hagen.de

kreisverband@dielinke-hagen.de

www.facebook.com/kv.dielinke.hagen/

<https://twitter.com/HagenDie>

www.instagram.com/dielinke_hagen/

V.i.S.d.P. Ralf Sondermeyer Södingstraße 3 58095 Hagen